

**Bundesminister Schröder und Bundesminister Schmücker
an Bundeskanzler Erhard**

31. Januar 1964¹

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

In mehreren Kabinettsitzungen ist bei der Behandlung von Fragen der Europapolitik in letzter Zeit das Problem einer besseren organisatorischen Gestaltung der Arbeiten der Bundesregierung in diesem Bereich angesprochen worden.

Wir sind dieser Frage nachgegangen² und nehmen dazu im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister der Finanzen³ und dem Herrn Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten⁴ wie folgt Stellung:

- 1) Es ist erforderlich, feste Organisationsformen für das Zusammenwirken innerhalb der Bundesregierung im Bereich der Europapolitik zu finden, die einer isolierten Behandlung der einzelnen in Brüssel und Luxemburg anstehenden Probleme entgegenwirken. Die Vielzahl und zunehmende Vielfalt der im europäischen Bereich anstehenden Sachentscheidungen bringt die Gefahr mit sich, daß in zunehmendem Maße die einzelnen Probleme in sich behandelt und entschieden werden, während der dringend notwendige Blick auf die Gesamtzusammenhänge zurückzutreten droht.
- 2) Für eine straffe Wahrnehmung der europäischen Aufgaben durch die Bundesregierung ist im Grunde die Regelung dreier Probleme erforderlich:
 - a) Das Bundeskabinett muß rechtzeitig und umfassend in die Lage gesetzt sein, sich eine Meinung zu den Grundlinien der im europäischen Rahmen zu verfolgenden Politik zu verschaffen und Entscheidungen in den wesentlichen Fragen in diesem Bereich zu treffen.
 - b) Die Vielfalt der in den verschiedensten Bereichen auftretenden Fachprobleme muß gründlich und rechtzeitig bewältigt werden, wobei Fragen, deren Entscheidung auch einen politischen Gehalt aufweist, bereits in einer möglichst frühen Verhandlungsphase innerhalb der Bundesregierung politisch zur Erörterung gestellt werden müssen.
 - c) Es muß sichergestellt werden, daß die deutsche Verhandlungsdelegation im Ministerrat sich entsprechend der jeweiligen Verhandlungslage verhalten kann, um optimale Ergebnisse zu erzielen. Hier müssen fachliche und allgemeine Gesichtspunkte zu einem Ausgleich geführt werden.

¹ Durchdruck.

² Die Frage der internen Koordinierung der EWG-Politik wurde auf einer Staatssekretärsbesprechung am 30. Januar 1964 behandelt. Dabei fand der vom Bundesministerium für Wirtschaft vorgelegte Entwurf für ein Schreiben an Bundeskanzler Erhard allgemeine Zustimmung. Für eine Niederschrift der Besprechung vgl. Referat I A 2, Bd. 889.

³ Rolf Dahlgren.

⁴ Werner Schwarz.

3) Um die Erreichung dieser Ziele sicherzustellen, kann – mit gewissen Ergänzungen – auf die gegenwärtige Organisation der Zusammenarbeit zurückgegriffen werden.

a) Fragen von grundsätzlicher und allgemeiner Bedeutung werden dem Bundeskabinett – wie bisher – zur Entscheidung vorgelegt. Darüber hinaus wird der Bundesregierung so oft wie nötig, mindestens halbjährlich, über den Stand der Arbeiten zur Weiterführung der europäischen Integration berichtet.

b) Die Zusammenarbeit im Kabinettsausschuß für Wirtschaft wird intensiviert. Angesichts der zunehmenden Vielfalt der fachlichen Probleme ist es notwendig, das Gesamtkabinett in diesen Fragen zu entlasten. Andererseits haben auch die fachlichen Entscheidungen im europäischen Bereich heute bereits eine Bedeutung, die häufig eine politische Erörterung geboten erscheinen läßt. Der Kabinettsausschuß für Wirtschaft ist das geeignete Gremium hierfür.

c) Angesichts der Tatsache, daß die Aufgaben im Zusammenhang mit der europäischen Integration in den Verantwortungsbereich fast aller Bundesressorts hineinreichen, ist eine wirksame Koordinierung und Ausrichtung der Arbeiten auf hoher Ebene erforderlich. Als geeignetes Gremium für diese Aufgabe steht der im Anschluß an den Kabinettsbeschluß vom 6. Februar 1963⁵ gebildete Staatssekretärsausschuß (darin sind vertreten das Auswärtige Amt, das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesministerium für Wirtschaft und das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) zur Verfügung. Die Arbeiten dieses Ausschusses sollen zukünftig intensiviert werden. Er soll regelmäßig in Abständen von zwei Wochen und darüber hinaus soweit erforderlich zusammentreten.⁶

Dem Ausschuß obliegt es, eine einheitliche Konzeption für die Ausgestaltung der europäischen Integration und für die Anpassung der deutschen Wirtschaft an diesen Entwicklungsprozeß zu erarbeiten. Die Bundesressorts sollten verpflichtet werden, dem Ausschuß von allen für die Ausgestaltung der Europapolitik wesentlichen Vorgängen Kenntnis zu geben.

Im Interesse der Arbeitsfähigkeit und Wirksamkeit dieses Ausschusses sollte er prinzipiell auf die genannten vier Ressorts beschränkt bleiben. Je nach Verhandlungsgegenstand werden jedoch die Staatssekretäre der sonst betroffenen Ressorts zu den Beratungen eingeladen.

Der Ausschuß beruft zur Vorbereitung spezieller Entscheidungen und zur Erarbeitung von Arbeitsprogrammen ad hoc-Ausschüsse, denen je beteiligtes Ressort nicht mehr als zwei Vertreter angehören sollten.

⁵ In der Kabinettsitzung vom 6. Februar 1963 schlug Bundeskanzler Adenauer die Bildung einer ministeriellen Arbeitsgruppe vor, die alle wichtigen Vorgänge innerhalb der Europäischen Gemeinschaften erörtern und das Kabinett darüber informieren sollte. Die auf Staatssekretärs ebene gebildete Arbeitsgruppe kam erstmals am 5. März 1963 zusammen und tagte seitdem ein bis zweimal im Monat. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats I A 2 vom 4. März 1963; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 145; B 150, Aktenkopien 1963.

⁶ Zur Arbeit des Staatssekretärsausschusses für Europafragen in den Jahren 1963/64 vgl. Referat I A 2, Bd. 889 und Bd. 890.

Im Interesse einer Straffung der Arbeiten des Ausschusses werden die Sitzungen von einem Sekretariat vorbereitet, das vom Bundesministerium für Wirtschaft zur Verfügung gestellt wird. Die sachlich jeweils federführenden Ressorts teilen dem Sekretariat die Punkte, deren Beratung im Staatssekretärsausschuß erforderlich ist, möglichst unter gleichzeitiger Übersendung einer einführenden Sachdarstellung mit.

d) Die Weisungen an die deutsche Delegation im Ministerrat sollen dem jeweiligen Verhandlungsstand Rechnung tragen und den Verhandlungsführern (Bundesminister, Staatssekretäre) die Möglichkeit geben, im Rahmen eines dem Sachstand entsprechenden Ermessensspielraums je nach Verlauf der Verhandlungen endgültig die deutsche Stellungnahme zu formulieren, da bei den Verhandlungen des Ministerrats in Brüssel immer wieder Situationen entstehen, in denen durch schnelles Handeln wesentlich bessere Ergebnisse zu erzielen sind als bei einer Vertagung.

Wir sind der Auffassung, daß sich mit einer derartigen Organisation die durch die europäische Zusammenarbeit gegenwärtig anfallenden Arbeiten am ehesten bewältigen lassen. Zu ihrer Durchführung bedarf es keiner besonderen Befassung des Bundeskabinetts, da durch geeignete organisatorische Maßnahmen in den betroffenen Ressorts das Funktionieren eines solchen Systems sichergestellt werden kann.

Mit verbindlichen Empfehlungen

Ihre sehr ergebenen
gez. Schmücker gez. Schröder

Büro Staatssekretär, Bd. 382

34

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 276/64 geheim

31. Januar 1964

Betr.: Zypern¹

Der britische Botschafter² und der amerikanische Geschäftsträger³ machten soeben eine gemeinsame Demarche bei mir und übergaben die beiden beigefügten, inhaltlich nahezu gleichlautenden Aide-mémoires⁴. Aus den Aide-mémoires und ihren mündlichen Erklärungen ergibt sich folgendes:

¹ Zur Zypern-Frage vgl. bereits Dok. 21, besonders Anm. 3.

² Frank K. Roberts.

³ Martin J. Hillenbrand.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420.

Es ist an die Aufstellung einer Streitmacht von etwa 10000 Mann aus NATO-Ländern (nicht der NATO) gedacht.⁵

Britischer Oberbefehl.

Vorgesehener Schlüssel: 4000 Briten; je 1200 aus Deutschland, Frankreich, Italien, USA; je 750 aus den kleineren Staaten (Belgien, Dänemark, Niederlande, Kanada).

Der heute unternommene Schritt stellt noch keine formelle Bitte der beiden Regierungen, daß wir uns beteiligen sollen, dar. Vielmehr wird der formelle Schritt erst durchgeführt werden, wenn Griechenland und die Türkei zustimmen. Es ist möglich, daß dies während der nächsten Stunden der Fall sein wird.⁶

Die Lage auf Zypern wird als höchst gefährlich angesehen.

Eine UNO-Intervention würde zu lange dauern und außerdem die Sowjets ins Spiel bringen.

Die einzige Alternative für die vorgeschlagene Intervention der NATO-Staaten wäre Bürgerkrieg.

Ich habe erklärt, daß die Bundesregierung volles Verständnis für die Situation habe. Ich müsse jedoch darauf hinweisen, daß unsere militärischen Dienststellen sehr starke Bedenken gegen die Einsetzung deutscher Truppen auf Zypern im Hinblick auf die sich daraus möglicherweise ergebende Notwendigkeit eines Kampfes gegen die Griechen hätten.⁷ Dadurch würden die Erinnerungen an die Kämpfe in Griechenland und Kreta während des letzten Krieges wieder lebendig werden.

Der britische Botschafter erwiderte, daß er dieses Argument verstehe, daß er aber darauf hinweisen müsse, daß auch die Briten schwere Kämpfe in

⁵ Der britisch-amerikanische Vorschlag, neben Großbritannien, Griechenland und der Türkei weitere NATO-Staaten mit Kontingenten an einer Friedenstruppe unter britischem Kommando zu beteiligen, wurde auf der Londoner Zypern-Konferenz vorgelegt. Begründet wurde der Vorschlag damit, daß der Konflikt auf Zypern möglicherweise zu einem Zusammenstoß zwischen den beiden NATO-Staaten Griechenland und der Türkei führen könne. Die griechische und die türkische Regierung gaben am 1. Februar 1964 die Zustimmung zur Aufstellung einer solchen Truppe. Dagegen wurde das Vorhaben von der zypriotschen Regierung abgelehnt. Präsident Makarios forderte, den Einsatz einer internationalen Friedenstruppe von Beschlüssen des Sicherheitsrats der UNO abhängig zu machen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 56; AdG 1964, S. 11122.

⁶ Zur griechischen Zustimmung vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters Melchers, Athen, vom 3. Februar 1964; Referat I A 4, Bd. 295.

⁷ Im Anschluß an die Sitzung des Bundesverteidigungsrats am 30. Januar 1964 trug General Tretter die Bedenken des Bundesministeriums der Verteidigung gegen eine Beteiligung der Bundesrepublik an einer NATO-Friedenstruppe auf Zypern vor: „Aus den kretischen Erfahrungen wissen die älteren deutschen Soldaten, mit welcher Grausamkeit die griechische Bevölkerung kämpft. Gegen einen so kämpfenden Gegner kann nur mit gleichen Mitteln gekämpft werden. Nach den derzeitig geltenden Grundsätzen der inneren Führung würde jedoch die Verwicklung der Bundeswehr in einen derartigen Kampf zu schweren Erschütterungen des Gesamtgefüges und zu unübersehbaren Konsequenzen führen.“ Dazu bemerkte Bundesminister Schröder am 31. Januar 1964 handschriftlich: „Wenn die Bitte um Beteiligung endgültig kommt, werden wir aus Bündnisgründen uns nicht versagen dürfen.“ Vgl. den Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 30. Januar 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420; B 150, Aktenkopien 1964.

Zypern⁸ zu bestehen gehabt hätten. Nach einiger Zeit hätten sich die damals hochgehenden Gefühle der zypriotischen Bevölkerung wieder beruhigt. Großbritannien könne die Last der Verantwortung für die Lösung des Problems nicht allein übernehmen. Es appellierte daher dringend an seine Freunde.

Hiermit dem Herrn Minister⁹ vorgelegt. Ich schlage vor, die Angelegenheit noch während der heutigen Kabinetsitzung zur Sprache zur bringen.¹⁰

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420

35

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer

II 1-84.20/130/64 VS-vertraulich

1. Februar 1964

Betr.: Mögliche Entwicklung der sowjetischen und sowjetzonalen Haltung in der Deutschland- und Berlinfrage

I. In einem längeren Gespräch auf dem gestrigen Fest¹ versuchte der sowjetische Geschäftsträger Lawrow mich davon zu überzeugen, daß es im beiderseitigen Interesse der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland liege, einen Kulturaustausch auf der Grundlage von ad hoc-Vereinbarungen über

⁸ In den fünfziger Jahren kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen den auf der Insel stationierten britischen Truppen und bewaffneten Kräften der zypriotschen Unabhängigkeitsbewegung.

⁹ Hat Bundesminister Schröder am 31. Januar 1964 vorgelegen.

¹⁰ Staatssekretär Carstens vermerkte am 31. Januar 1964 handschriftlich für die Ministerialdirektoren Jansen und Krapf: „Kabinett stimmte am 31.1. grundsätzlich zu. Doch sollen über die Form unserer Teilnahme [ev/entuell] Lazarett weitere Überlegungen angestellt werden.“

Am 1. Februar 1964 informierte Carstens die Botschaften in Washington und London über den Stand der Überlegungen: „Für uns wird die Frage, ob die Aktion mit oder ohne Zustimmung Zyperns durchgeführt werden soll, unter Umständen von entscheidender Bedeutung sein, da ohne zypriote Zustimmung ein Interventionsrecht lediglich den drei Garantiemächten Großbritannien, Türkei, Griechenland aufgrund Artikel 3 des Garantievertrages zustehen würde, die Intervention anderer Staaten jedoch von Zypern und anderen Mächten als Aggression angesehen werden könnte, auch wenn sie im Einverständnis mit den drei Garantiemächten erfolgt.“ Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 162; B 150, Aktenkopien 1964.

Zur Zypern-Frage vgl. weiter Dok. 37.

¹ Am 31. Januar 1964 fand ein Empfang des Landkreises Bonn im Rittersaal der Godesburg statt, an dem 300 Gäste – darunter Bundeskanzler Erhard – teilnahmen. Vgl. dazu GENERAL-ANZEIGER, Nr. 22558 vom 1./2. Februar 1964, S. 5.

einzelne Programme ohne Einbeziehung Berlins² stattfinden zu lassen. An diesem Gespräch nahm zeitweise auch Herr MD Krapf teil.

Als Herr Lawrow feststellen mußte, daß unsere Haltung in der Deutschland- und Berlinfrage unverändert war, sagte er zu mir, wir würden nie erreichen, daß Westberlin zur Bundesrepublik gehöre. Im übrigen schwäche sich unsere Haltung in der Berlinfrage ja ab. Auf meine Gegenfrage, wieso er zu dieser irrgigen Annahme käme, verwies er auf die Passierscheinvereinbarung³. Er sagte dann weiter, die sowjetische Regierung könne z.B. gar nichts tun, wenn die Regierung der „DDR“ die Bürger der Bundesrepublik nicht einreisen ließe. Angesichts der vielen „Provokationen“ von Westberlin aus hätten die Arbeiter in der „DDR“ allen Grund zu einer solchen Maßnahme. Die drei Westmächte könnten sich immerhin auf Restbestände der mit der Sowjetunion geschlossenen Abmachungen über Berlin berufen. Dagegen gäbe es keinerlei Vereinbarung mit der Bundesrepublik, aus der diese irgendwelche Rechte gegenüber der „DDR“ herleiten könnte. Er wolle damit nicht sagen, daß die „DDR“ Maßnahmen der geschilderten Art beabsichtige.

Da unser Gespräch hier bald unterbrochen wurde, hatte ich keine Gelegenheit mehr, Lawrow um Präzisierung zu bitten, was er mit dieser vage formulierten Drohung meine. Es blieb offen, ob er an die Sperrung des Zugangs für Westdeutsche nach Ostberlin, an Behinderung der Einreise von Westdeutschen in die SBZ oder an Behinderung des deutschen Berlin-Verkehrs durch die SBZ dachte. Ich konnte nur noch erwähnen, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen hüben und drüben ungebrochen sei, wie das kürzliche Treffen von vielen Hunderttausenden von Menschen in Ostberlin⁴ gezeigt habe, und daß die Machthaber in der sogenannten DDR einen schweren Fehler beginnen, wenn sie dergleichen täten.

II. Ohne derartigen Äußerungen zu viel Bedeutung beizumessen zu wollen, möchte ich doch auf zwei Dinge hinweisen:

1) Die Worte Lawrows haben bestätigt, was wir aus zahlreichen Äußerungen aus der Sowjetunion und der SBZ schon wissen, daß nämlich unser Verhalten in der Passierscheinfrage vom Osten als Abschwächung unserer bisherigen Position in der Deutschland- und Berlinfrage gewertet worden ist.⁵ Wir wer-

² Im Januar 1964 wurde zwischen dem Senat von Berlin und dem Auswärtigen Amt die Frage eines möglichen Auftritts des Bolschoi-Balletts in Berlin (West) erörtert. Dabei wurde von Seiten des Senats der Gedanke eines Kulturaustauschs mit der UdSSR auf nichtstaatlicher und dezentralisierter Ebene erwogen, die keiner offiziellen Kontrolle – etwa durch das Auswärtige Amt – unterliegen sollte. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wolff vom 21. Januar 1964; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 250; B 150, Aktenkopien 1964.

³ Für den Wortlaut der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. DzD IV/9, S. 1023–1027. Vgl. dazu auch Dok. 1, Anm. 1.

⁴ Aufgrund der Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 wurden mehr als 1,2 Millionen Passierscheine ausgegeben.

⁵ Ministerialdirektor Krapf referierte am 20. Januar 1964 die in Ost-Berlin vertretene Auffassung, daß die Passierschein-Vereinbarung die Umwandlung von Berlin (West) in eine „Freie Stadt“ sowie die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik gefördert habe. Darüber hinaus habe der Senat von Berlin nach Meinung der DDR „die Eigenschaft der Mauer als Staatsgrenze und die Maßnahmen zu ihrer Sicherung indirekt anerkannt“. Außerdem sei die DDR überzeugt, daß sie sich als zuverlässiger Gesprächspartner erwiesen und in der internationalen Öffentlichkeit

den bei den weiteren Gesprächen über Passierscheine⁶ sehr genau darauf zu achten haben, daß die Glaubwürdigkeit unserer Politik in der Deutschland- und Berlinfrage nicht weiter leidet.

2) Es ist nicht auszuschließen, daß die Sowjets in absehbarer Zeit dem zu vermutenden Drängen Ulbrichts nachgeben könnten, die Position seines Regimes in der Deutschland- und Berlinfrage weiter zu verstärken. Seit Frühjahr 1962 sind wir daran gewöhnt, daß der alliierte Verkehr nach Berlin von den Sowjets gelegentlich belästigt wird⁷, daß hingegen der deutsche Verkehr im wesentlichen unangefochten bleibt. Dies kann sich ändern. Die Sowjets können zu der Auffassung kommen, daß die deutsche Position in Berlin und auf den Zugängen nach Berlin wesentlich schwerer zu schützen ist als die alliierte. So können sie z.B. der SBZ gestatten, den Paß- und Sichtvermerkszwang einzuführen⁸ oder Westdeutschen den Zugang nach Ostberlin zu verwehren. Sie werden dies vor allem dann nicht tun, wenn unsere Alliierten und wir mit unserer Haltung den Sowjets Grund zu der Befürchtung geben, ein solches Vorgehen könnte zu einer ernsteren Krise und zu einer schweren Belastung der sowjetisch-amerikanischen Entspannungsgespräche führen.

Daraus ergibt sich, daß wir es uns nicht erlauben können, unsere Politik in der Deutschland- und Berlinfrage in ein Zwielicht geraten zu lassen. Dies scheint mir ein Gesichtspunkt zu sein, der bei den Passierschein-Gesprächen im Dezember vorigen Jahres nicht immer von allen Beteiligten klar genug gesehen worden ist.

Hiermit über Herrn D II⁹ dem Herrn Staatssekretär¹⁰ mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Reinkemeyer

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 18

Fortsetzung Fußnote von Seite 171

einen günstigen Eindruck hinterlassen habe. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 17; B 150, Aktenkopien 1964.

⁶ Zur Fortführung der Passierschein-Gespräche vgl. Dok. 42 und Dok. 60.

⁷ Noch im Oktober/November 1963 wurden auf der Autobahn Helmstedt-Berlin mehrfach amerikanische Militärkonvois sowie ein britischer Militärkonvoi an der Weiterfahrt gehindert. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 398 und Dok. 407.

⁸ In der Contingency Coordinating Group (CCG) in Washington wurden Ende 1963 Beratungen darüber aufgenommen, wie man der möglichen Einführung eines Paß- und Sichtvermerkszwangs im Berlin-Verkehr durch die DDR entgegentreten könne. Vgl. dazu den Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 2. Juli 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 428; B 150, Aktenkopien 1964.

⁹ Hat Ministerialdirektor Krapf am 1. Februar 1964 vorgelegen.

¹⁰ Hat Staatssekretär Carstens am 3. Februar 1964 vorgelegen, der für Ministerialdirigent Reinkemeyer handschriftlich vermerkte: „Was schlagen Sie vor?“

**Gespräch des Staatssekretärs Carstens
mit dem sowjetischen Gesandten Lawrow**

ZA 5-18.A/64

1. Februar 1964¹

Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Professor Dr. Carstens, und dem sowjetischen Geschäftsträger, Gesandten Lawrow, anlässlich der Abgabe einer Erklärung der sowjetischen Regierung durch den letzteren. Das Gespräch fand am 1.2.64 in der Zeit von 12.30 bis 13.40 im Büro des Herrn Staatssekretärs statt.

Gesandter Lawrow dankte dem Herrn Staatssekretär zunächst dafür, daß er ihn trotz der samstäglichen Stunde empfangen habe, nachdem es ihm leider nicht möglich gewesen sei, einen Termin bei Herrn Bundesminister Schröder zu erhalten, um den er schon für Freitag ersucht habe. Er sei beauftragt, namens der sowjetischen Regierung eine Erklärung abzugeben.

Der Gesandte verlas sodann die Erklärung, worin die sowjetische Regierung gegen die Herstellung von angeblich als Atomwaffenträger verwendbaren Raketen durch die deutsche Firma „Waffen- und Luftrüstungs-AG“² protestiert. Anschließend übergab er den Text der Erklärung³ zusammen mit einer inoffiziellen Übersetzung.

Staatssekretär Carstens sagte, er wolle zu einigen Punkten der sowjetischen Erklärung Stellung nehmen. In deren Schlußteil werde auf die bei Kriegsende und im Anschluß daran geschlossenen alliierten Vereinbarungen hingewiesen. Die Bundesrepublik sei aber nicht Partei jener Vereinbarungen, und er sehe deshalb keinen Anlaß, mit dem Gesandten in eine Diskussion über sie einzutreten.

Wohl habe die Bundesrepublik⁴ sich gegenüber England, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg vertraglich verpflichtet, bestimmte Rüstungen nicht vorzunehmen und bestimmte Waffen nicht herzustellen.⁵ Diese Verpflichtung bestehe aber nur gegenüber den genannten Mächten. Er schicke dies voraus, um zu sagen, daß die Bundesregierung in keiner Weise verpflichtet sei, der sowjetischen Regierung Auskunft über Dinge zu erteilen, die in der Bundesrepublik geschähen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Richter am 3. Februar 1964 gefertigt.
Hat Staatssekretär Carstens am 4. Februar 1964 vorgelegen.

² Die Waffen- und Luftrüstungs-AG (Hamburg) führte laut Pressemeldungen am 5. Dezember 1963 in der Nähe von Cuxhaven an der Nordseeküste den Start von vier Kleinraketen vor. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10952.

³ Für den Wortlaut vgl. DzD IV/10, S. 217–219.
Gleichlautende Erklärungen wurden den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA übergeben.

⁴ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Ich habe immer Bundesrepublik Deutschland gesagt.“

⁵ Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 27, Anm. 27.

In der fraglichen Angelegenheit sei er trotzdem zu einer Antwort bereit, denn es gebe dabei nichts zu verheimlichen. In der Bundesrepublik gebe es keine Produktion von Raketengeschossen für militärische Zwecke, auf deren Produktion die Bundesrepublik Deutschland verzichtet habe.⁶ Dies sei eine offizielle Erklärung, die er aufgrund einer von der Bundesregierung vorgenommenen sorgfältigen Prüfung⁷ in deren Namen abgebe. Soweit in den ausländischen Presseberichten⁸, auf die in der sowjetischen Erklärung verwiesen sei, etwas anderes behauptet werde, seien diese Meldungen falsch.

Er wolle, fuhr der Herr Staatssekretär fort, kurz noch auf einige andere Punkte der sowjetischen Erklärung eingehen.

Darin werde auf den wachsenden Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik hingewiesen. Es sei aber nicht zu bestreiten, daß die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik nur einen bescheidenen Bruchteil des Militär- und Verteidigungshaushalts der Sowjetunion ausmachten.

Weiter heiße es in der Erklärung, in der Bundesrepublik sei ein Feldzug zugunsten einer Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen und Raketen im Gange. Woher stamme diese Kenntnis? Es gebe in der Bundesrepublik keine nennenswerte Gruppe, die dafür eintrete, daß die Bundeswehr die alleinige⁹ Verfügung über Raketen und Kernwaffen erhalte.

Richtig sei, daß die Bundesrepublik die Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht¹⁰ anstrebe. Es sei ja aber gerade das Wesen eines solchen Instruments, daß kein einziger Partner allein die Verfügungsgewalt über das darin zusammengefaßte Kernwaffenpotential besitze. Wenn der Gesandte frage, warum es – nicht nur in der Bundesrepublik – derartige Bestrebungen gebe, so sei auf die erst kürzlich wieder abgegebenen Erklärungen hochgestellter sowjetischer Persönlichkeiten¹¹ zu verweisen, Frankreich, Deutschland, Ita-

⁶ Der Passus „auf deren Produktion die Bundesrepublik Deutschland verzichtet habe“ wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

⁷ Die Bundesregierung veröffentlichte am 10. Dezember 1963 eine Erklärung zum Abschuß der Raketen: „1. Der Waffen- und Luftrüstungs-AG wurde keine Genehmigung zur Herstellung, zum Erwerb oder zur Ausfuhr militärischer Raketen erteilt. 2. Die Bundesregierung hat bereits eine Prüfung eingeleitet, ob die Waffen- und Luftrüstungs-AG mit ihrem Versuch vom 5. Dezember 1963 entgegen ihren schriftlichen Vorankündigungen, daß es sich um Flugkörper für physikalische, meteorologische und medizinische Zwecke handele, auch andere Ziele verfolgt als die Erprobung derartiger Flugkörper. Die Entwicklung und Fertigung sowie das Erproben reiner Forschungsraketen bedürfen keiner Genehmigung der Bundesregierung. 3. Die Bundesrepublik Deutschland hat in den Pariser Verträgen ausdrücklich auf die Herstellung militärischer Raketen verzichtet. Ausgenommen hiervon sind lediglich die im Rahmen der bestehenden Verteidigungsbündnisse zugelassenen Fertigungen. Die Bundesregierung ist nicht bereit, darüber hinaus eine Fertigung militärischer Raketen im Bundesgebiet oder deren Ausfuhr zu dulden.“ Vgl. BULLETIN 1963, S. 1032.

Zur Überprüfung der Firma durch die Bundesbehörden vgl. auch BULLETIN 1964, S. 224.

⁸ Vgl. etwa den Artikel „Hamburg Arms Firm Shows Its Rockets“; THE TIMES, Nr. 55877 vom 6. Dezember 1963, S. 10.

⁹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

¹⁰ Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

¹¹ In einem Artikel vom 16. November 1963 führte z. B. der Oberbefehlshaber der sowjetischen Raketenstreitkräfte, Marschall Krylow, aus: „Die den sowjetischen Streitkräften zur Verfügung stehenden atomaren Raketenwaffen verfügen über eine unbegrenzte Zerstörungskraft. Die neuen Serien von Atomladungen erhöhter Sprengkraft (50–100 Mega-Tonnen) und die neuen Typen von

lien und andere Länder könnten durch sowjetische Kernwaffen mit einem Schlag ausgelöscht werden. Es sei nur natürlich, daß sich die so Angesprochenen Gedanken machten, wie sie einer solchen Drohung begegnen könnten.

Schließlich werde in der Note gesagt, die beste Lösung für diese und andere Fragen sei der Abschluß eines deutschen Friedensvertrags. Er sei bereit, dem zuzustimmen, aber es müsse eben, wie schon das Wort sage, ein Friedensvertrag mit Deutschland sein, das heiße, Deutschland müsse erst wieder hergestellt werden. Zur Zeit sei Deutschland getrennt. Seiner Ansicht nach sei es die wichtigste Aufgabe der beiden Regierungen, sich darüber Gedanken zu machen, wie die Einheit Deutschlands wieder hergestellt werden könnte. Sich über dieses Thema mit dem Gesandten zu unterhalten, würde ihm eine große Freude sein.

Gesandter *Lawrow* sagte, er werde die Äußerungen des Herrn Staatssekretärs zur Kenntnis seiner Regierung bringen, betrachte sie jedoch als vorläufig, da seine Regierung Wert darauf lege, auf ihre an die Bundesregierung gerichtete Erklärung eine entsprechende Antwort zu erhalten.

Staatssekretär *Carstens* erklärte, er sei gern bereit, eine entsprechende endgültige Antwort zu geben.¹²

Gesandter *Lawrow* fuhr dann fort, er möchte zu den Punkten, zu denen der Herr Staatssekretär Stellung genommen habe, seine persönliche Meinung äußern. Erstens habe dieser erklärt, die Bundesregierung sei nicht Partei der bei Kriegsende und im Anschluß daran geschlossenen alliierten Verträge. Die Bundesrepublik sei indessen einer der Rechtsnachfolger Hitlerdeutschlands, und dieses habe seine Unterschrift unter die Kapitulationsakte¹³ gesetzt. Infolgedessen sei sie auch in die daraus sich ergebenden Verpflichtungen eingetreten, von denen sie – der Gesandte zitierte hier den entsprechenden Absatz der Erklärung¹⁴ – vor dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrags nicht entbunden werden könne.

Von dieser ersten Behauptung ausgehend habe der Herr Staatssekretär sodann zweitens erklärt, die Bundesregierung sei zu keiner Auskunft an die sowjetische Regierung verpflichtet. Die sowjetische Regierung verlange auch

Fortsetzung Fußnote von Seite 174

Höchstleistungsraketen, die während der Manöver im Frühjahr dieses Jahres erprobt wurden, machen es möglich, mit einzigen Wasserstoffbomben ganze Staaten zu vernichten.“ Vgl. dazu den Bericht des Botschafters Groepper, Moskau, vom 22. November 1963; Referat II 4, Bd. 622.

¹² Ein auch von den drei Westmächten gebilligter Antwortentwurf lag erst im Oktober 1964 vor. Vgl. dazu Dok. 298.

¹³ Für den Wortlaut der Urkunde vom 8. Mai 1945 über die Kapitulation der Deutschen Wehrmacht vgl. DOCUMENTS ON GERMANY UNDER OCCUPATION, S. 28 f.

¹⁴ In der sowjetischen Erklärung hieß es: „Es muß erneut daran erinnert werden, daß vor dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrags niemand die Bundesrepublik Deutschland als eine der Rechtsnachfolgerinnen Hitlerdeutschlands der Verpflichtungen entheben kann, die für sie aus der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, der Deklaration über die Niederlage Deutschlands und den von den Alliierten gemeinsam gefassten Beschlüssen entspringen. Die Militarisierung Westdeutschlands und um so mehr die Handlungen, die faktisch auf die Vorbereitung der Raketen- und Kernausrüstung des Landes abzielen, sind größte Verstöße gegen die erwähnten völkerrechtlichen Akte und müssen auf den Widerstand der friedliebenden Staaten stoßen.“ Vgl. DzD IV/10, S. 218.

keine Auskunft, sie kenne ihre Rechte aus den geltenden Verträgen sehr genau, und niemand könne, wie schon gesagt, die Bundesregierung von den ihr daraus erwachsenen Verpflichtungen entbinden.

Drittens habe der Herr Staatssekretär darauf hingewiesen, daß das Militärbudget der Sowjetunion größer sei als das der Bundesrepublik. Dies sei gewiß nicht zu bestreiten. Indessen sei es in der Geschichte noch stets so gewesen, daß ein Staat, der kapituliert habe, bis zum Abschluß eines Friedensvertrags militärisch nicht die gleichen Rechte gehabt habe wie der Staat, der die Kapitulation entgegengenommen habe. (Der Gesandte verwies in diesem Zusammenhang auf den Friedensvertrag von Brest-Litowsk¹⁵, der, obwohl offensichtlich ungerecht, von der sowjetischen Regierung unterzeichnet worden sei.) Im übrigen dienten die sowjetischen Streitkräfte dem Frieden und bedrohten niemand. Wohl sei in dem kürzlichen Vorschlag der sowjetischen Regierung zum Abschluß eines internationalen Vertrages über den Verzicht auf Gewalt für Regelung von Grenzfragen¹⁶ darauf hingewiesen worden, daß einem Angreifer im Zeitalter des nuklearen Krieges die Vernichtung drohe. Nur in diesem Zusammenhang seien solche Formulierungen gebraucht worden. Für die Gefahren des nuklearen Krieges sei aber offensichtlich Verständnis auch bei verantwortlichen Politikern der Bundesrepublik vorhanden. Selbst Minister Schröder habe in einer kürzlichen Rede vor dem Bundestag¹⁷ auf diese Gefahren hingewiesen und erklärt, daß eine moderne sowjetische Superbombe die dreitausendfache Wirkung der seinerzeit über Hiroshima abgeworfenen Atombombe habe. Über die Schrecken, die einem Angreifer drohten, bestehe also anscheinend Übereinstimmung. Entsprechende Hinweise von sowjetischer Seite seien deshalb auch nicht als Drohungen gegen ein bestimmtes Land, auch nicht gegen die Bundesrepublik zu verstehen.

Viertens habe der Herr Staatssekretär gesagt, es gebe in der Bundesrepublik keine Kräfte, die nach der Verfügung über Atomwaffen strebten. Indessen habe er gleich im Anschluß daran selbst zugegeben, daß die Bundesrepublik bereit sei, am Aufbau einer multilateralen Atomstreitmacht teilzunehmen. Im übrigen vergehe kaum ein Tag, ohne daß in der deutschen Presse die Forderung nach Ausrüstung der Bundeswehr mit den modernen Waffen, also auch mit Raketen und Atomwaffen, erhoben werde. Die Eingliederung in eine multilaterale Streitmacht sei dabei ohne Belang. Er selbst, der Gesandte, habe noch vor drei Tagen im deutschen Fernsehen mit eigenen Augen gesehen, wie Hunderte von deutschen Offizieren in den Vereinigten Staaten, nahe der mexikanischen Grenze, an modernen Raketen ausgebildet würden. Er könne sich

¹⁵ Für den Wortlaut des Vertrags von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 vgl. G. FR. DE MARTENS, Nouveau Recueil Général de Traité, 3. Serie, Bd. X, Leipzig 1921, S. 773–778.

¹⁶ Zum Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow an alle Staats- und Regierungschefs, das am 1. Januar 1964 im Bundeskanzleramt überreicht wurde, vgl. Dok. 15, Anm. 2, und Dok. 16.

¹⁷ Anlässlich der ersten Lesung des Ratifizierungsgesetzes zum Teststopp-Abkommen im Bundestag führte Bundesminister Schröder am 22. Januar 1964 aus: „Wir begrüßen den Vertrag vor allem aus humanitären Gründen, weil er den weiteren radioaktiven Niederschlag verhindern soll. Bis zum Sommer 1963 haben in der Welt 441 Kernwaffenversuche stattgefunden. Sie hatten eine Sprengkraft, die 27 000 Bomben des Hiroshima-Typs entspricht. Die sowjetische Superbombe vom Herbst 1962 allein hatte eine Sprengkraft von etwa 60 Megatonnen. Das entspricht dem Detonationswert von rund 3000 Hiroshima-Bomben.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 4930.

nicht vorstellen, daß die Bundesregierung sie zum Vergnügen dorthin geschickt habe. Was schließlich die Aktivierung militaristisch-revanchistischer Kräfte in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Aufstellung der multilateralen Atomstreitmacht angehe, so seien die Beispiele dafür so zahlreich, daß er darauf verzichte, die im einzelnen zu nennen, da der Herr Staatssekretär darüber gewiß viel besser im Bilde sei als er selbst.

Als Letztes habe der Herr Staatssekretär von der Frage des deutschen Friedensvertrags gesprochen. Bisher habe die Bundesregierung den Abschluß eines solchen Vertrages stets mit der Begründung verweigert, er könne nur mit *einem* Deutschland geschlossen werden. Die sowjetische Regierung habe dagegen vorgeschlagen, ihn, solange es ein solches geeintes Deutschland nicht gebe, mit den beiden bestehenden deutschen Staaten abzuschließen.¹⁸ Falls der Bundesregierung an einer beschleunigten Durchsetzung ihres eigenen Konzepts gelegen sei, könne sie dies nur erreichen, wenn sie die Wiedervereinigung Deutschlands ernsthaft betreibe. Dies aber sei nur durch eine allmähliche Annäherung der beiden deutschen Staaten möglich, was nicht Sache der sowjetischen Regierung sei und worin sie sich nicht einmischen wolle. Natürlich sei dies heute nicht mehr so einfach. Die sowjetische Regierung habe seinerzeit eindringlich vor einem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO gewarnt¹⁹, weil dies zu einer Zementierung der deutschen Spaltung führen müsse. Die Bundesregierung habe jedoch auf diese Warnung nicht gehört, vielmehr habe sie alles getan, um möglichst rasch Mitglied der NATO zu werden. Nun aber erkläre sie der sowjetischen Regierung, ein Friedensvertrag könne nicht mit einem gespaltenen Deutschland geschlossen werden.

Er wolle indessen diese Frage nicht vertiefen, da der Herr Staatssekretär als Völkerrechtler die Geschichte der Deutschlandfrage und die sowjetischen Vorschläge zu ihrer Lösung sicherlich besser kenne als er. Indessen stelle er mit Befriedigung fest, daß der Herr Staatssekretär die Bereitschaft der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht habe, mit der sowjetischen Regierung über den deutschen Friedensvertrag zu sprechen. Dies halte er für sehr gut.

Staatssekretär *Carstens* erwiderte, der Gesandte habe von einer bedingungslosen Kapitulation *Deutschlands* gesprochen. Dies sei ein offensichtlicher Irrtum. Es habe vielmehr lediglich eine bedingungslose Kapitulation *der deut-*

¹⁸ Am 10. Januar 1959 legte die UdSSR den Entwurf für einen Friedensvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bzw. mit einer Konföderation der beiden Staaten vor, demzufolge nicht nur die bestehenden Grenzen Deutschlands einschließlich der Demarkationslinie zwischen den beiden Teilen anerkannt, sondern bis zur Wiedervereinigung auch der Status von Berlin (West) als „Freie Stadt“ festgelegt werden sollte. Für den Wortlaut des sowjetischen Vorschlags vgl. DzD IV/1, S. 545–566.

Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. auch Dok. 13, Anm. 10 und 15.

¹⁹ In einer Note vom 23. Oktober 1954 an die drei Westmächte erklärte die UdSSR, daß eine Verwirklichung der Pariser Verträge, insbesondere die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO, die Wiedervereinigung Deutschlands auf lange Zeit unmöglich machen werde. Vgl. DOKUMENTATION ZUR DEUTSCHLANDFRAGE I, S. 250–252.

Vgl. ferner die Erklärung des sowjetischen Außenministers Molotow vom 6. Oktober 1954; DOKUMENTATION ZUR DEUTSCHLANDFRAGE I, S. 240–242.

schen Streitkräfte gegeben. Deren Auflagen seien von den deutschen Streitkräften restlos erfüllt worden.²⁰

Zu der Frage, ob Deutschland irgend jemand und insbesondere die Sowjetunion bedrohe, sei zu sagen: Die Bundesregierung habe in Verträgen und außerhalb von Verträgen bei wiederholten Gelegenheiten feierlich auf die Anwendung von Gewalt zur Lösung internationaler Probleme, darunter auch des Deutschlandproblems, verzichtet. Sie habe diesen Verzicht durch eine Reihe weiterer Verzichtserklärungen bekräftigt. So sei die Bundesrepublik Deutschland²¹ der einzige Staat, der auf die Herstellung von Kernwaffen verzichtet und sich hinsichtlich dieses Verzichts einer internationalen Kontrolle unterworfen habe. Der Gewaltverzicht sei also durch konkrete Maßnahmen untermauert worden.

Zu der Bemerkung des Gesandten über die multilaterale Atomstreitmacht habe er zu sagen, daß die sowjetische Regierung ein entscheidendes Merkmal dieses Instruments verkenne, nämlich, daß darin kein Partner das autonome Recht habe, über den Einsatz jener Waffen zu entscheiden, vielmehr sei darüber nur eine gemeinsame Entscheidung möglich.

Was das Deutschlandproblem angehe, das in einem solchen Gespräch – darin habe der Gesandte recht – gewiß nur punktuell angesprochen werden könne, so wolle er hier nur auf zweierlei hinweisen: Die Bundesrepublik sei der NATO erst beigetreten, nachdem zehn lange Jahre hindurch auf zahllosen Konferenzen in Moskau, Paris, Berlin an Hunderten von Verhandlungstagen vergeblich versucht worden sei, Deutschland wiederzuvereinigen. Die Bundesregierung habe den Beitritt zur NATO also nicht leichtfertig vollzogen, sondern erst, als sich unendliche Mühen zur Lösung der Deutschlandfrage als vergeblich erwiesen hätten. Was zweitens die sowjetische These betreffe, es gebe zwei deutsche Staaten, mit denen der Friedensvertrag abzuschließen sei, so bestehe Meinungsverschiedenheit ja gerade darüber, wie die sogenannte DDR zu qualifizieren und ob sie überhaupt befugt sei, für Deutschland zu sprechen.

Gesandter Lawrow entgegnete, was die beiden letzten Fragen angehe, so habe er auf sie bereits geantwortet.

Die Frage der bedingungslosen Kapitulation sei seit langem klar. Eine Neuförmulierung (der Gesandte sagte zunächst „neue Interpretation“) sei nicht möglich, und nichts könnte dadurch an den bestehenden Tatsachen geändert

²⁰ Staatssekretär Carstens bat am 16. Februar 1964 Ministerialdirigent Meyer-Lindenberg um eine Aufzeichnung betreffend die rechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber der UdSSR aufgrund der Kapitulation vom 8. Mai 1945. In seiner Antwort vom 21. Februar 1964 kam Meyer-Lindenberg zu dem Fazit: „Die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Siegermächte, die ihnen aus der Niederlage des Deutschen Reiches zugeslossen sind, bestehen fort. Sie beziehen sich jedoch nur auf Deutschland als Ganzes und können nur zur gesamten Hand ausgeübt werden. Soweit es die drei Westmächte mit ihren vertraglichen Verpflichtungen für vereinbar gehalten haben, der Bundesrepublik Deutschland die Aufhebung oder Außerkraftsetzung der auf die Demilitarisierung bezüglichen Vorschriften der Besatzungszeit zu gestatten, können derartige Rechte von der Sowjetregierung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr geltend gemacht werden.“ Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439 und Abteilung II (II 4), VS-Bd. 248; B 150, Aktenkopien 1964.

²¹ Das Wort „Deutschland“ wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

werden. Im übrigen habe er selbst seinerzeit als Experte an den Kapitulationsverhandlungen mitgewirkt und kenne daher alle damit zusammenhängenden Fragen genau.

In dem, was der Herr Staatssekretär über den Verzicht der Bundesrepublik auf Gewaltanwendung gesagt habe, sei sehr viel Wichtiges enthalten gewesen. Man könne nur hoffen, daß vieles davon in der Antwort der Bundesregierung²² auf die Botschaft der sowjetischen Regierung vom 1. Januar d.J. zu lesen sein werde.

Indessen sehe er einen gewissen Widerspruch darin, daß der Herr Staatssekretär zunächst nur über einen Verzicht auf die Herstellung von Kernwaffen gegenüber den sechs Ländern gesprochen habe, so daß man den Eindruck hätte haben müssen, eine Verpflichtung bestehe nur hinsichtlich dieser Sechs. Er erinnere sich, daß gerade von diesem Punkt in einem Gespräch zwischen Herrn Staatssekretär und dem sowjetischen Botschafter Smirnow im Oktober letzten Jahres²³ ausführlich die Rede gewesen sei.

Staatssekretär *Carstens* erwiederte, er habe seinerzeit dem Botschafter nichts anderes gesagt, als was er heute ihm, dem Gesandten, sage und was die Bundesregierung jederzeit erklärt habe, nämlich, daß eine vertragliche Verpflichtung nur gegenüber den sechs Ländern sowie aus anderen vertraglichen Abmachungen auch gegenüber den Vereinigten Staaten und anderen NATO-Ländern bestehe, daß aber die Bundesregierung darüber hinaus öffentlich, d.h. gegenüber allen Ländern, in feierlicher Form erklärt habe²⁴, daß sie das Mittel der Gewalt zur Lösung internationaler Probleme ablehne.²⁵

Gesandter *Lawrow* sagte, er habe nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß der Staatssekretär in der Frage des Gewaltverzichts etwas anderes sage als seine Regierung, indessen hätten seine, des Staatssekretärs, Äußerungen in der Form anders geklungen als manches, was man hierüber von dem früheren Verteidigungsminister Strauß und auch von seinem Nachfolger von Hassel

²² Für den Wortlaut des Antwortschreibens des Bundeskanzlers Erhard vom 18. Februar 1964 an Ministerpräsident Chruschtschow vgl. BULLETIN 1964, S. 325.

²³ Zum Gespräch vom 9. Oktober 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 384.

²⁴ Anlässlich des Beitritts zur NATO und zur WEU erklärte die Bundesrepublik ihre Bereitschaft, „daß sie sich aller Maßnahmen enthalten wird, die mit dem streng defensiven Charakter dieser beiden Verträge unvereinbar sind. Insbesondere verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland, die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Änderung der gegenwärtigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland niemals mit gewaltsmalen Mitteln herbeizuführen und alle zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten gegebenenfalls entstehenden Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu lösen.“ Zugleich bekannte sich die Bundesrepublik dazu, ihre Politik in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der UNO-Charta zu gestalten und insbesondere die in Artikel 2 der Charta niedergelegten Verpflichtungen zur Beilegung von Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln und zum Verzicht auf Gewalt gegenüber anderen Staaten einzuhalten. Für den Wortlaut der Erklärung vom 3. Oktober 1954, die in die Schlussakte der Londoner Neun-Mächte-Konferenz aufgenommen wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6981.

²⁵ Der Passus „daß aber die Bundesregierung darüber hinaus ... zur Lösung internationaler Probleme ablehne“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „daß aber die Bundesregierung darüber hinaus gegenüber allen Ländern in feierlicher Form auf das Mittel der Gewalt zur Lösung internationaler Probleme verzichtet habe“.

gehört habe. Als Staatssekretär Carstens dies insbesondere im Hinblick auf Minister von Hassel bestritt, zog sich der Gesandte, sichtlich etwas aus dem Konzept gebracht, auf die Feststellung zurück, der Staatssekretär habe „klarer formuliert“.

Zum Schluß bedankte sich der Gesandte noch einmal ausdrücklich dafür, daß der Herr Staatssekretär ihn am Samstag mittag empfangen und damit Verständnis (der Gesandte unterdrückte das Wort „mehr“) für die Lage eines Missionsschefs bewiesen habe, der im Auftrag seiner Regierung eine Erklärung abzugeben habe.

Staatssekretär *Carstens* versicherte zur sichtlichen Befriedigung des Gesandten, daß er bereit sei, ihn, wenn es um etwas Wichtiges gehe, zu jeder Tag- und Nachtzeit zu empfangen.

Abteilung II (II 7), VS-Bd. 960

37

Runderlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 298/64 geheim

Aufgabe: 2. Februar 1964, 14.15 Uhr

Fernschreiben Nr. 429

Citissime mit Vorrang

Jeweils für Botschafter¹

Betr.: Streitmacht der NATO-Staaten zur Erhaltung des Friedens auf Zypern²

Vorbehaltlich endgültiger politischer Entscheidung über deutsche Teilnahme an der Streitmacht wird sich Bundesregierung heute hier gegenüber Engländern und Amerikanern bereit erklären, Offiziere des Bundesministeriums der Verteidigung zur Besprechung aller technischen Einzelheiten nach London³ zu entsenden. Endgültige Entscheidung wird voraussichtlich in morgiger Kabinetsitzung getroffen werden. Auswärtiges Amt wird sich nachdrücklich für eine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland einsetzen. Ich rechne da-

¹ Die Wörter „Jeweils für Botschafter“ wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

² Vgl. dazu bereits Dok. 34, besonders Anm. 5.

³ Dazu hielt Ministerialdirektor Krapf am 3. Februar 1964 fest: „Am 2. Februar um 14.30 Uhr, d.h. nach der Sitzung im Bundeskanzleramt, habe ich dem amerikanischen Geschäftsträger und dem britischen Botschafter mitgeteilt, daß die Bundesregierung bereit ist, vorbehaltlich einer endgültigen Entscheidung über ihre Teilnahme an der vorgeschlagenen Streitmacht zur Erhaltung des Friedens auf Zypern, sobald wie dies gewünscht wird, Offiziere des Bundesministeriums der Verteidigung zur Besprechung aller technischen Einzelheiten nach London zu entsenden.“ Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 47; B 150, Aktenkopien 1964.

mit, daß das Kabinett im gleichen Sinne beschließen wird.⁴ Unser Hauptmotiv ist zu verhindern, daß a) ein bewaffneter Konflikt zwischen Griechenland und Türkei ausbricht und b) daß es den Sowjets entweder direkt oder indirekt über die UNO gelingt, auf Zypern Fuß zu fassen. Es ist klar, daß uns die Entscheidung u.a. im Hinblick auf die hier und in Griechenland noch lebendige Erinnerung an den letzten Krieg besonders schwerfällt. Wenn wir uns trotzdem entschließen, so deswegen, weil wir glauben, daß die außenpolitischen Gesichtspunkte den Vorrang haben müssen.

Ich bitte Sie, umgehend mit dortiger Regierung Fühlung zu nehmen, unsere Gesichtspunkte vorzutragen und an die dortige Regierung zu appellieren, sich gleichfalls zu beteiligen.⁵ Je mehr Staaten an der Befriedungsaktion beteiligt sind, desto größer sind die Chancen für einen Erfolg.⁶

Carstens⁷

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420

⁴ Mit Runderlaß vom 7. Februar 1963 teilte Ministerialdirektor Jansen mit: „Voraussetzung für unsere Beteiligung an der Zypern-Aktion ist eine klare Zustimmung Makarios'. Da eine solche Zustimmung nicht vorlag, hat im Kabinett lediglich eine Aussprache zu diesem Problem stattgefunden. Es ist jedoch keine Entscheidung getroffen worden.“ Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 162; B 150, Aktenkopien 1964.

⁵ Botschafter Berger, Den Haag, berichtete am 3. Februar 1964, die Niederlande seien gegebenenfalls bereit, sich an einer Friedenstruppe auf Zypern zu beteiligen. Botschafter Blankenhorn, Rom, meldete am selben Tag, „in ihrer überwiegenden Tendenz liege die italienische Regierung auf der Linie der Bundesregierung“. Eine Minorität spekuliere dagegen mit dem Gedanken einer Intervention der UNO auf Zypern. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

⁶ Botschafter König, Nikosia, informierte am 8. Februar 1964 über den Wunsch des Präsidenten Makarios, die Bundesrepublik möge sich nicht an einer NATO-Aktion auf Zypern beteiligen. Makarios trete dafür ein, eine Entscheidung des Sicherheitsrates der UNO abzuwarten. Finanzielle Hilfen der Bundesrepublik für eine vom Sicherheitsrat getragene Aktion seien ebenso willkommen wie der Einsatz des Deutschen Roten Kreuzes. Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 47; B 150, Aktenkopien 1964.

Zur Haltung von Makarios vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 5. Februar 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 689; B 150, Aktenkopien 1964.

Zur Zypern-Frage vgl. weiter Dok. 70.

⁷ Paraphe vom 2. Februar 1964.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 8-82-01-4/675/64 VS-vertraulich

6. Februar 1964¹

Betr.: Vorschlag Präsident Johnsons, die Kernwaffenträger in Ost und West „einzufrieren“ (freeze)

Präsident Johnson hat am 21.1. an die Genfer Abrüstungskonferenz aus Anlaß der Wiederaufnahme der Verhandlungen eine Botschaft gerichtet.² Darin wird in Punkt 2 vorgeschlagen, daß die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und ihre jeweiligen Verbündeten übereinkommen sollten zu prüfen, ob ein kontrolliertes Einfrieren der Anzahl und der Charakteristika der strategischen offensiven und defensiven Kernwaffenträger möglich ist („... should agree to explore a verified freeze of the number and characteristics of strategic nuclear offensive and defensive vehicles“). Diesen Vorschlag hat der Chef der amerikanischen Abrüstungsdelegation Foster im NATO-Rat³ und in Genf⁴ näher erläutert.

Grundlage des Vorschlasses ist die Überlegung, daß der effektiven Abrüstung als logischer Schritt ein Stillstand in der Rüstung voranzugehen hat, wo also nicht mehr aufgerüstet, sondern die Bewaffnung auf einem bestimmten Niveau gehalten („eingefroren“) wird. Diese gleiche These hat auch nach amerikanischer Ansicht dem Teststopp-Vertrag⁵, dem Vorschlag zur Einstellung der

¹ Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahn und von Legationsrat I. Klasse Diesel konzipiert.

² Die Botschaft des Präsidenten Johnson wurde vom Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, am 21. Januar 1964 auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf verlesen. Johnson schlug Erörterungen über ein „Einfrieren“ strategischer Atomwaffenträger, eine Einstellung der Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke, eine Errichtung von Bodenbeobachtungsposten sowie eine Einigung über die Nichtverbreitung von Atomwaffen und eine Einstellung sämtlicher Atomwaffenversuche vor. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963/64, S. 171 f.

³ Der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde führte am 18. Januar 1964 vor dem Ständigen NATO-Rat aus, daß die amerikanische Regierung „unter Berücksichtigung der westlichen Sicherheitsinteressen erwäge, ob es wünschenswert sein könne, die Zahl und Größe der strategischen nuklearen Waffensysteme (delivery systems) einzufrieren. Die Prüfung dieser Frage befindet sich aber erst im Anfangsstadium; die amerikanische Regierung habe noch keine Entscheidung getroffen. Die USA verfügten zur Zeit über genügend Raketen, um die nördliche Hemisphäre zu vernichten. Die Frage, ob ein weiteres „stock-piling“ sinnvoll sei, gewinne daher zunehmend an Bedeutung. Sicher sei, daß nicht nur die Zahl, sondern auch die Größe einbezogen und daß Kontrolle (verification) sichergestellt sein müsse. Auch müßten wohl die Anti-Raketen-Raketen eingefroren werden.“ Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Sahm, Paris (NATO), vom 18. Januar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 285; B 150, Aktenkopien 1964.

⁴ Der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, erläuterte am 22. Januar 1964 in Genf dem Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahn den „freeze“-Vorschlag. Vgl. dazu den Drahtbericht von Lahn, z.Z. Genf, vom 22. Januar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 283; B 150, Aktenkopien 1964.

⁵ Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

Produktion von spaltbarem Material für Kriegszwecke⁶, dem Verbot der Stationierung von Kernwaffen im Weltraum⁷ und der Erklärung der Antarktis zur kernwaffenfreien Zone⁸ zugrunde gelegen.

Einzelheiten des „freeze“ sollen mit den Verbündeten beider Seiten geprüft werden, ehe Verhandlungen beginnen. In Genf erwartet man zunächst nur allgemeine Reaktionen.

Der Prüfung (Exploration) sollen folgende Gedanken zugrunde liegen:

- 1) Das Einfrieren soll *strategische Raketen* und *Flugzeuge* umfassen, die nach Gewicht und Reichweite zu definieren sind.
- 2) Es soll sich auch auf *Anti-Raketen-Raketen* erstrecken. Ein Einfrieren nur der strategischen Trägerwaffen ohne Erfassung der Antiraketen-Systeme wäre unannehmbar, weil sonst das Gleichgewicht gestört werden könnte.
- 3) Die *Anzahl* der strategischen Trägerwaffen in Ost und West dürfe sich nicht mehr verändern. Die Vereinbarung sollte vorsehen, daß eine gewisse Anzahl von Probeschüssen (ohne Sprengköpfe) vorgenommen werden dürfe, um die Verlässlichkeit der Raketen zu prüfen. Die Herstellung entsprechender neuer Raketen des gleichen Typs soll erlaubt sein, aber nur jeweils eine neue für eine zerstörte.
- 4) Das Einfrieren der *Charakteristika* soll die Entwicklung und Anwendung neuer Arten von strategischen Waffen verhindern. Dieses Einfrieren habe vielleicht noch größere Bedeutung als das Einfrieren der Anzahl. Damit soll die Entwicklung besserer Waffen, die zur Beförderung größerer Sprengköpfe geeignet sind, verhindert werden. Der qualitative und quantitative Rüstungswettlauf bei strategischen Waffen würde beendet.
- 5) Eine Möglichkeit zur *Kontrolle* des Einfrierens wird in der Inspektion der bedeutenderen Produktionsstätten und Versuchsgelände, die jede Seite benennen soll, erblickt; außerdem soll eine bestimmte Anzahl von Inspektionen an im voraus nicht bestimmten Orten vorgesehen werden.
- 6) Folgende Vorteile sehen die Amerikaner in ihrem Vorschlag:
 - er würde den Rüstungswettlauf auf einem der wichtigsten Gebiete beenden
 - er würde die Entwicklung neuer kostspieliger und noch wirkungsvollerer Waffensysteme verhindern
 - er würde in verhältnismäßig kurzer Zeit verwirklicht werden können und in seiner Bedeutung über alle anderen vertrauensbildenden Maßnahmen hinausgehen

⁶ Dazu wurden am 14. August 1963 Vorschläge von der amerikanischen Delegation auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf unterbreitet. Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 327–333.

⁷ Am 17. Oktober 1963 nahm die UNO-Generalversammlung eine Resolution an, in der unter Bezugnahme auf entsprechende Absichtserklärungen der USA und der UdSSR dazu aufgerufen wurde, keine Massenvernichtungswaffen im Weltraum zu stationieren. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 538. Vgl. dazu auch AAPD 1963, II, Dok. 367.

⁸ Im Antarktis-Abkommen vom 1. Dezember 1959 wurde die Einrichtung militärischer Stützpunkte und die Durchführung von Kernwaffenversuchen im Vertragsgebiet verboten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1959, D 149–154.

- er würde eine Basis für eine ausgewogene Rüstungsreduzierung gemäß den vereinbarten Abrüstungsprinzipien sein
- er würde die Befürchtung mindern, daß einer Seite der Durchbruch zu einer entscheidenden „first strike capability“ gelingen könnte
- er würde die Kürzung der Militärhaushalte erlauben
- er würde die Spannungen mindern und die Abrüstung erleichtern.

Vorläufige Stellungnahme: Der Vorschlag betrifft auf amerikanischer Seite die Raketen vom Typ Atlas, Titan, Minuteman und Polaris sowie die dem SAC unterstellten Bomber. Nicht eingefroren würden taktische Waffen, Gefechtsfeldwaffen und die nuklearen Sprengsätze. Die Briten könnten ihre V-Bomber-Flotte nicht verändern, und die Franzosen wären wahrscheinlich entscheidend an der Entwicklung ihrer „Force de frappe“ mit dem Mirage-Bomber gehindert.

Der Aufbau der MLF soll angeblich nicht berührt werden.⁹ Würde eine Vereinbarung jetzt zustandekommen, so müßte die MLF wohl mit den in den USA vorhandenen Raketenbeständen ausgestattet werden, die aber im ganzen nicht ausreichen dürften. Vor allem müßte wohl auch auf die noch in der Entwicklung befindliche Polaris A3-Rakete verzichtet werden. Im ganzen würde nach unserer Auffassung eine Beeinträchtigung der Pläne für die MLF nicht zu vermeiden sein.¹⁰

Die Sowjetunion hat bisher stets Kontrollen abgelehnt, wie sie ein derartiges Abkommen erfordern würde. Das State Department glaubt aber, Anzeichen für eine Haltungsänderung der Sowjetunion in diesem Punkte zu erkennen. Möglicherweise könnte der Vorschlag für die Sowjets interessant sein, so daß sie zu Zugeständnissen in der Kontrollfrage bereit sein könnten.

Andererseits würde das Einfrieren der strategischen Waffen die amerikanische Überlegenheit auf diesem Gebiet festigen, wie überhaupt – ähnlich wie bei der Nichtverbreitung von Kernwaffen – die Fixierung der Position der beiden großen Kernmächte angestrebt wird. Der Entwicklungsstand der Anti-Rakete bei den Sowjets spielt dabei allerdings eine entscheidende Rolle.¹¹

Frankreich wird voraussichtlich einem solchen Stillhalteabkommen nicht beitreten, da es dadurch bei dem Ausbau seiner strategischen Waffen gehindert würde.¹²

⁹ Gesandter von Lilienfeld, Washington, berichtete am 27. Januar 1964, ein Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium habe allerdings eingeräumt, „daß im Falle einer kurzfristigen Einstellung über den Vorschlag des Präsidenten in der Tat gewisse Schwierigkeiten für [die] Ausrüstung der MLF mit Polaris A3-Raketen entstehen würden. Man werde dann allenfalls auf das A2-Modell zurückzugreifen haben.“ Allerdings würden die Aussichten für eine Vereinbarung über ein Einfrieren nuklearer Waffen (nuclear freeze) amerikanischerseits als gering angesehen, und eine baldige Einigung halte man für äußerst unwahrscheinlich. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 285; B 150, Aktenkopien 1964.

Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

¹⁰ Der vorangehende Abschnitt wurde von Staatssekretär Carstens am Rand durch einen Pfeil hervorgehoben.

¹¹ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Krapf handschriftlich eingefügt.

¹² Botschafter Klaiber, Paris, teilte am 25. Januar 1964 mit, im französischen Außenministerium sehe man „große Gefahren“ im Fall einer Verwirklichung des „freeze“-Vorschlags, auch mit Blick auf Europa als Ganzes. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 285; B 150, Aktenkopien 1964.

Die Amerikaner erwarten von uns bald eine Stellungnahme. Außerdem wird der NATO-Rat in absehbarer Zeit über den neuen Vorschlag beraten.

Es ist beabsichtigt, ein Gutachten des Bundesministeriums der Verteidigung zur militärischen Seite des Problems, vor allem zu der Rückwirkung auf das MLF-Projekt, zu erbitten und danach unsere endgültige Stellungnahme auszuarbeiten.¹³

Hiermit dem Herrn Staatssekretär¹⁴ mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Krapf

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 285

¹³ Ministerialdirektor Krapf informierte am 23. März 1964 über die bisherige Behandlung des „freeze“-Vorschlags im Ständigen NATO-Rat und hielt als Überlegungen für eine endgültige deutsche Stellungnahme fest, „daß sehr erhebliche Bedenken gegen den amerikanischen Vorschlag bestehen, vor allem im europäischen Bereich. Zwar würde eine Übermacht der Gesamtkräfte des Westens eingefroren, in Europa aber besteht eine große sowjetische Überlegenheit an MRBMs, der der Westen auf absehbare Zeit nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hat ... Entscheidend für uns wird aber wohl die Frage sein, ob sich die MLF wirklich mit dem Freeze-Vorschlag vereinen läßt. Es ist sicher nicht ausreichend, hier lediglich auf die Bedeutung des Zeitfaktors hinzuweisen und darauf zu vertrauen, daß die Sowjets in absehbarer Zeit kein Interesse bekunden werden.“ Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 285; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu weiter Dok. 120.

¹⁴ Hat Staatssekretär Carstens am 11. Februar 1964 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte.

Hat Schröder am 16. Februar 1964 vorgelegen.

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 371/64 geheim

10. Februar 1964¹

Der amerikanische Botschafter² suchte mich auf und übergab mir die drei beigefügten Texte

- a) Auszug aus einer Erklärung von Botschafter Foster vor dem Achtzehner-Ausschuß vom 6. Februar 1964³,
- b) die Irische Resolution von 1961⁴,
- c) Entwurf einer Erklärung über den Nichterwerb von nuklearen Waffen⁵.

Der Botschafter erklärte, es sei die amerikanische Politik, jede Vereinbarung über eine Nichtverbreitung nuklearer Waffen so zu gestalten, daß das MLF-Projekt⁶ dadurch nicht berührt würde. Es bestehe aber die Gefahr, daß die neutralen Mitglieder des Achtzehner-Ausschusses weitergehende Vorschläge, die sich auch gegen die MLF richten würden, machen.⁷ Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, liege der amerikanischen Regierung sehr daran, daß einige NATO-Staaten, darunter auch wir, möglichst bald eine Erklärung abgeben, wonach sie keine nuklearen Waffen herstellen, keine nationale Kontrolle über nukleare Waffen erwerben und nicht um Unterstützung durch andere Staaten bei der Herstellung solcher Waffen nachsuchen oder eine derartige Unterstützung entgegennehmen würden.

Die amerikanische Regierung sei nicht der Ansicht, daß die Bundesregierung als erster NATO-Staat eine solche Erklärung abgeben sollte, doch würde es

¹ Durchschlag als Konzept.

Staatssekretär Carstens verfügte am 11. Februar 1964 handschriftlich: „Abteilung II bitte US-Botschaft definitive Antwort geben.“

Eine Beantwortung erübrigte sich, da der amerikanische Botschaftssekretär Magill am 21. Februar 1964 mitteilte: „Die amerikanische Regierung sei nach näherem Studium des Vorschlags und nach Prüfung der inzwischen von anderen Regierungen eingegangenen Stellungnahmen zu dem Ergebnis gekommen, daß der Gedanke einseitiger Verzichtserklärungen zunächst nicht weiter verfolgt werden solle.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 24. Februar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 302; B 150, Aktenkopien 1964.

² George C. McGhee.

³ Dem Vorgang beigelegt. In der Erklärung vor der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf legte der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, die Vorstellungen bezüglich einer Vereinbarung über die Nichtverbreitung von Atomwaffen dar. Dabei machte er den Willen der USA für eine rasche Aktion deutlich, bevor es für ein Verbot der Ausweitung nationaler Atomwaffenkapazitäten zu spät sei. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1964, S. 32-36.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. In der von Irland unterbreiteten und am 4. Dezember 1961 einstimmig von der UNO-Generalversammlung verabschiedeten Resolution wurde der Abschluß eines internationalen Abkommens über die Nichtverbreitung von Kernwaffen gefordert. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1961, S. 694.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436.

⁶ Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

⁷ Zu Angriffen auf das MLF-Projekt im Rahmen der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf vgl. Dok. 253.

begrüßt werden, wenn wir uns verhältnismäßig frühzeitig dazu entschließen könnten.

Ich antwortete, der Bundesminister des Auswärtigen habe in seinem letzten Gespräch mit Außenminister Rusk in Texas⁸ erklärt, die Bundesregierung könne einen Beitritt zu einem Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen erst ins Auge fassen, wenn das MLF-Projekt realisiert sei. Der gleiche Grundsatz müsse nach meiner Auffassung für die jetzt vorgeschlagene Erklärung gelten. Wir wollten sicher sein, daß das MLF-Projekt zustande käme, bevor wir uns weiteren Bindungen im nuklearen Bereich unterwürfen.

Es komme hinzu, daß die Bundesrepublik Deutschland als einziges Land der Welt sowohl auf die Herstellung von nuklearen Waffen auf ihrem Territorium verzichtet wie auch sich einer internationalen Kontrolle zur Überwachung dieses Verzichts unterworfen habe.⁹ Niemand könnte sich daher beklagen, wenn wir mit der Abgabe weiterer Erklärungen aus den oben genannten Gründen zunächst zögerten.

Ich sagte dem amerikanischen Botschafter, daß ich den Herrn Bundesminister des Auswärtigen nach dessen Rückkehr¹⁰ unterrichten würde.

Hiermit dem Herrn Bundeskanzler¹¹ vorgelegt.

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436

⁸ Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen vom 28./29. Dezember 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486-491.

⁹ Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 27, Anm. 27.

Im WEU-Vertrag waren Mechanismen vorgesehen, um die Einhaltung des Verbots zur Herstellung bestimmter Waffentypen zu kontrollieren.

¹⁰ Bundesminister Schröder hielt sich zu einem Urlaub in der Schweiz auf. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 27 vom 1. Februar 1964, S. 4.

¹¹ Der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, teilte am 25. Februar 1964 mit, Bundeskanzler Erhard sei ebenfalls der Meinung, „daß wir den Beitrag zu einem Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen erst ins Auge fassen können, wenn das MLF-Projekt realisiert sei“. Für das Schreiben vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436; B 150, Aktenkopien 1964.

40

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I B 3/82.00/90.34/230/64 geheim

11. Februar 1964¹

Betr.: Anerkennung Sansibars² durch die Bundesrepublik Deutschland

Präsident Karume von Sansibar hat Legationsrat Schoeller am 7. Februar in Anwesenheit des Vizepräsidenten Hanga und des Außenministers Babu die mündliche Zusicherung gegeben, daß Sansibar keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen mit der SBZ aufnehmen wird.³ Sansibar werde sich ebenso verhalten wie Tanganjika und nur Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufnehmen.

Legationsrat Schoeller stimmte daraufhin einer Presseverlautbarung zu, daß die Bundesregierung die neue Regierung auf Sansibar anerkannt habe.⁴

I. Abteilung I vertritt die Auffassung, daß dieses Vorgehen von Legationsrat Schoeller den Umständen nach geboten war. Ein sofortiges Handeln war erforderlich, da ein beauftragter Stab der SBZ sich bereits in Nairobi aufhielt und eine weitere Verzögerung der Anerkennung den Erfolg der Zusicherung Präsident Karumes in Frage gestellt hätte.

II. Obwohl an der Anerkennung der SBZ durch ein Telegramm der Regierung von Sansibar⁵ rechtlich kaum zu zweifeln ist, sollte dieser Umstand nicht dramatisiert werden. Eine ausdrückliche Rücknahme des Telegramms ist politisch nicht zu erreichen und sollte daher nicht gefordert werden. Mit dem Ablauf der Zeit wird einzig der Umstand zählen, daß Sansibar nur mit der Bundesrepublik Deutschland diplomatische und konsularische Beziehungen unterhält. Wichtig ist die Form, in der dies der Öffentlichkeit klargemacht wird.

III. Nach dem mündlichen Bericht von Legationsrat Schoeller verlangt auch die gegenwärtige Lage höchste Aufmerksamkeit und sofortiges weiteres Handeln. Vor allen Dingen kommt es darauf an, daß die Bundesrepublik Deutschland sofort diplomatisch auf Sansibar vertreten wird.

¹ Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Steltzer und von Legationsrat Müller-Chorus konzipiert.

² Zum Regierungswechsel auf Sansibar vom 12. Januar 1964 infolge eines Militärputsches vgl. Dok. 15, Anm. 55.

³ Botschafter Schroeder, Daressalam, berichtete am 8. Februar 1964: „Verhandlungen mit Sansibar-Regierung wurden gestern abgeschlossen. Präsident Karume hat in Anwesenheit des Vizepräsidenten Hanga und Außenminister Babu Schoeller die mündliche Zusicherung gegeben, daß Sansibar keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen mit der Sowjetzone aufnehmen wird. Es werde sich in dieser Frage so verhalten wie Tanganjika.“ Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190; B 150, Aktenkopien 1964.

⁴ Vgl. dazu den Artikel „Vor Beziehungen mit Sansibar“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 36 vom 12. Februar 1964, S. 1.

⁵ Am 29. Januar 1964 bedankte sich die Regierung Sansibars bei der DDR für die ausgesprochene Anerkennung. Sie anerkannte ihrerseits die DDR und ersuchte um die Entsendung einer diplomatischen Delegation. Vgl. DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR XII, S. 1123.

Vgl. dazu auch den Drafthericht des Botschafters Schroeder, Daressalam, vom 30. Januar 1964; Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190; B 150, Aktenkopien 1964.

Es wird daher vorgeschlagen,

zu I.

daß Herr Staatssekretär Carstens Herrn Staatssekretär von Herwarth der Eilbedürftigkeit halber fernmündlich die Gründe für die Anerkennung der Regierung Sansibars durch Legationsrat Schoeller darlegt⁶ und bittet, die nachträgliche Zustimmung des Herrn Bundespräsidenten einzuholen und gegebenenfalls eine detaillierte Vorlage mit Gründen in Aussicht stellt⁷;

zu II.

daß Herr Staatssekretär Referat L 4 die aus der Anlage ersichtliche Weisung⁸ für Erklärungen gegenüber der Presse⁹ gibt;

zu III.

daß Herr Staatssekretär Weisung gibt, Legationsrat Schmitt von der Botschaft Nairobi ab sofort als Geschäftsträger nach Sansibar zu entsenden¹⁰.

Die Referate II 1, V 1 und Z A 2 haben mitgezeichnet.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär¹¹ vorgelegt.

Jansen

Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190

⁶ Dazu handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Carstens für Ministerialdirektor Jansen: „Bitte durch H[errn] D I.“

⁷ In Abstimmung mit dem Bundespräsidialamt beauftragte Staatssekretär Carstens am 12. Februar 1964 die Botschaft in Daressalam, die Errichtung einer diplomatischen Vertretung der Bundesrepublik auf Sansibar vorzubereiten. Im Hinblick auf neuerliche Presseverlautbarungen über die angebliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Sansibar und der DDR müsse jedoch eine schriftliche Zusicherung der Regierung Sansibars vorliegen, daß sie an den mit Legationsrat Schoeller getroffenen Vereinbarungen festhalte. Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190; B 150, Aktenkopien 1964.

⁸ Dem Vorgang beigefügt. Das Pressereferat sollte die Anerkennung der Regierung der Volksrepublik Sansibar durch die Bundesregierung bekanntgeben sowie die bevorstehende Aufnahme diplomatischer Beziehungen ankündigen. Auf mögliche Rückfragen, wie dies mit der Anerkennung der DDR durch Sansibar zu vereinbaren sei, sollte geantwortet werden: „Die Bundesregierung hat hierzu ausreichende und zufriedenstellende Zusicherungen der Regierung von Sansibar erhalten. Sansibar wird weder diplomatische noch konsularische Beziehungen zur SBZ aufnehmen.“ Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190; B 150, Aktenkopien 1964.

⁹ Am 13. Februar 1964 wurde gemeldet, ein Sprecher des Auswärtigen Amts habe die Anerkennung Sansibars durch die Bundesrepublik bekanntgegeben. Es liege eine Zusage vor, daß Sansibar weder diplomatische noch konsularische Beziehungen zur DDR aufnehmen werde. Vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 37 vom 13. Februar 1964, S. 1.

¹⁰ Mit Drahterlaß vom 15. Februar 1964 nahm Ministerialdirigent Böker zur Frage der Anerkennung Sansibars Stellung. Die Beziehungen Sansibars zur DDR seien „zur Zeit völlig undurchsichtig“. Die Lage werde dadurch kompliziert, daß sich die Regierung von Sansibar weigere, die Legationsrat Schoeller gegebenen Zusicherungen öffentlich zu bestätigen. Eine derartige Zusicherung sei jedoch Voraussetzung für eine offizielle Anerkennungserklärung und die Akkreditierung eines Botschafters der Bundesrepublik. Am 19. Februar 1964 berichtete Botschafter Schroeder, Daressalam, das Außenministerium von Sansibar habe die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR der Botschaft „nach tagelangen vergeblichen Versuchen“ bestätigt. Böker schlug noch am selben Tag vor, in einer „betont deutlichen Presseerklärung einen Schlußstrich unter die Bemühungen zu ziehen, sich mit der Revolutionsregierung zu arrangieren“. Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190; B 150, Aktenkopien 1964.

Zur Entwicklung auf Sansibar vgl. weiter Dok. 86.

¹¹ Hat Staatssekretär Carstens am 11. Februar 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Einv[erstanden]. Eilt sehr!“

41

Staatssekretär Lahr an Bundesminister Dahlgrün**III A 4-81.00-146/64 VS-vertraulich****12. Februar 1964¹**

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Ihren Ausführungen in der letzten Sitzung des Bundesverteidigungsrats² war zu entnehmen, daß mit einer erneuten Kürzung des bereits um 23 Mio. DM verringerten Haushaltsansatzes für die militärische Ausrüstungshilfe (ursprünglich 150 Mio. DM) um 50 Mio. DM gerechnet werden müsse, da der jetzige Haushaltsansatz übersetzt sei.

Es ist richtig, daß die für dieses Jahr angeforderten Mittel die Ausgaben der letzten Jahre nicht unerheblich übersteigen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß unsere Tätigkeit auf dem Gebiet der Ausrüstungshilfe erst im Laufe des Jahres 1961 eingesetzt hat und die Mehrzahl der Projekte jetzt nach ein bis zweijähriger Laufzeit das volle Stadium der Durchführung erreicht hat.

Nach meinen Informationen waren von den 150 Mio. DM 70,4 Mio. DM für die Fortführung derartiger Vorhaben aus früheren Jahren bestimmt, und weitere 70 Mio. DM werden darüber hinaus für Kostenerstattungen aus bereits erfolgten Lieferungen der letzten Jahre benötigt (davon allein 60 Mio. DM für das bekannte große Projekt im Nahen Osten³).

Die jetzt angekündigte Kürzung des ursprünglichen Mittelansatzes um fast die Hälfte würde mithin – da die vorerwähnten Kostenerstattungen nach Mitteilung des Bundesministeriums der Verteidigung nicht aufgeschoben werden können – nicht nur jede Inangriffnahme neuer Vorhaben in diesem Jahre unmöglich machen, sondern auch die weitere Durchführung der meisten bereits laufenden Projekte in Frage stellen.

Die außenpolitischen Folgen, die eine vollständige oder auch teilweise Einstellung der laufenden Vorhaben nach sich ziehen müßte, wären höchst schädlich. Ferner würde in den meisten Fällen eine vorzeitige Beendigung der mit den Projekten verbundenen Ausbildung zu einer nutzlosen Vergeudung der bereits eingesetzten Mittel führen.

Trotz der angespannten Haushaltsslage muß ich aber darüber hinaus auch dafür plädieren, daß die haushaltrechtlichen Voraussetzungen für eine gewisse in bescheidenen Grenzen zu haltende Fortsetzung der Ausrüstungshilfe, d.h. die Inangriffnahme neuer Vorhaben, geschaffen werden. Da die von Herrn Carstens in der letzten Sitzung des Bundesverteidigungsrats vorgetragenen allgemeinen Gründe, die für eine weitere Tätigkeit der Bundesrepublik auf diesem Gebiet sprechen, allseits gebilligt worden sind, darf ich mich hier auf

¹ Durchdruck für Ministerialdirektor Jansen.

² Zur Sitzung des Bundesverteidigungsrats am 30. Januar 1964 vgl. Dok. 18, Anm. 19, und Dok. 31. Vgl. ferner die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 30. Januar 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437; B 150, Aktenkopien 1964.

³ 60 Millionen DM waren im Jahr 1964 für die Ausrüstungshilfe an Israel vorgesehen. Vgl. dazu Dok. 289.

den Hinweis beschränken, daß schon jetzt mindestens drei neue dringende Er suchen um Ausrüstungshilfe vorliegen, nämlich aus Tanganjika, Äthiopien und Mali, denen wir uns aus vorrangigen außenpolitischen Gründen nicht völlig entziehen können. Wir werden später noch Gelegenheit haben, auf diese Fälle im Bundesverteidigungsamt im einzelnen einzugehen.⁴

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesminister, sehr dankbar, wenn Sie die vorstehenden Ausführungen bei Ihren weiteren Erwägungen zum Haushalt 1964 berücksichtigen und sich für eine weitere Beibehaltung des jetzt vorgesehenen Mittelansatzes⁵ verwenden würden.

Der Herr Bundesminister der Verteidigung⁶ hat Durchdruck dieses Schreibens erhalten.

Mit verbindlichen Empfehlungen

gez. Lahr

Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 3

42

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-27.A/64

12. Februar 1964¹

Der Herr Bundeskanzler empfing am 12. Februar 1964 um 16.30 Uhr den amerikanischen Botschafter, Herrn McGhee, zu einem Gespräch, bei dem Staatssekretär Dr. Westrick und Ministerialdirigent Dr. Osterheld anwesend waren.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte einleitend, er habe den Botschafter zu sich gebeten, um mit ihm über einige Punkte zu sprechen. Der Botschafter wisse, daß er am folgenden Tag nach Paris² reisen werde. Im Zusammenhang mit dieser

⁴ Mit Blick auf die nächste Sitzung des Bundesverteidigungsrats informierte Legationsrat I. Klasse Middelmann am 6. März 1964 über die Haltung des Bundesministeriums der Verteidigung. Ministerialdirektor Knieper habe darauf verwiesen, daß die zugewiesenen Mittel fest verplant und auch die personellen Voraussetzungen für die Durchführung weiterer Vorhaben der Ausrüstungshilfe begrenzt seien. Allenfalls könne zunächst eine „Studiengruppe“ nach Äthiopien entsandt werden. Zum Mali-Projekt habe sich Knieper jedoch negativ geäußert. Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 235; B 150, Aktenkopien 1964.

Zur geplanten Ausrüstungshilfe für Tanganjika vgl. weiter Dok. 86.

⁵ Der Bundeshaushaltsplan für 1964 wies Mittel in Höhe von 125 Millionen DM für Ausrüstungshilfe aus. Vgl. BUNDESHAUSHALTSPLAN FÜR DAS RECHNUNGSJAHR 1964, S. 1916.

⁶ Kai-Uwe von Hassel.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 15. Februar 1964 gefertigt.

Vgl. zu dem Gespräch auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 65.

² Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 14./15. Februar 1964 vgl. Dok. 44-50.

Reise hätten die Zeitungen spektakuläre Berichte³ gebracht, an denen aber nichts Wahres sei. Es handle sich um ein Kontaktgespräch, das zweite seit Unterzeichnung des Vertrages.⁴ Er wolle dem Botschafter und durch ihn dem amerikanischen Präsidenten versichern, daß sich die deutsche Haltung nicht geändert habe und auch nicht ändern werde.

In diesem Zusammenhang erwähnte der Herr Bundeskanzler, daß die Bundesregierung nach ihrer Haltung im Zusammenhang mit der Zypernfrage⁵ befragt worden sei. Staatssekretär Westrick, der Außenminister und er selbst seien darüber einig gewesen, daß, wenn der erste Plan⁶ durchsetzbar gewesen wäre, die Bundesrepublik sich an den geplanten Maßnahmen trotz der bestehenden Opposition beteiligt hätte.

Der Herr Bundeskanzler erwähnte sodann die Anerkennung Rotchinas durch de Gaulle⁷ und bezeichnete diese Entscheidung als ein sehr gefährliches Abenteuer, dessen Konsequenzen noch nicht übersehbar seien. Die Bundesregierung habe für de Gaulles Haltung kein Verständnis. Er würde es begrüßen, vom Botschafter zu erfahren, wie die Vereinigten Staaten die Auswirkungen dieses Schrittes auf die weltpolitische Situation und besonders auf Südostasien und auf Europa sähen.

Der Herr Bundeskanzler erwähnte sodann die Frage der langfristigen Kredite für die Sowjetunion⁸ und des Handels mit Kuba⁹. Ursprünglich habe man davon ausgehen können, daß die französische und die amerikanische Haltung übereinstimmend gewesen wären, doch scheine sich die Situation geändert zu haben, nachdem nunmehr die Franzosen bereit seien, Kuba mittels staatlicher Bürgschaften Lastwagen zu liefern¹⁰. Außerdem scheine auch der französisch-sowjetische Handel anzulaufen mit staatlich verbürgten Krediten mit einer Laufzeit von fünf bis sechs Jahren.¹¹ Was die deutsche Haltung angehe, so

³ Vgl. dazu den Artikel „Erhard mit fünf Ministern nach Paris“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 36 vom 12. Februar 1964, S. 1.

⁴ Die ersten Konsultationen auf Regierungsebene im Rahmen des deutsch-französischen Vertrags fanden am 4./5. Juli 1963 in Bonn statt. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 216–219.

⁵ Vgl. dazu Dok. 34 und Dok. 37.

⁶ Der britisch-amerikanische Plan, eine Friedenstruppe aus Kontingenten einzelner NATO-Staaten nach Zypern zu entsenden, wurde aufgrund der ablehnenden Haltung der zyprischen Regierung nicht verwirklicht. Vgl. dazu Dok. 34, Ann. 5.

⁷ Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. Dok. 11 und Dok. 17.

⁸ Zu einer Vergabe langfristiger Kredite an die UdSSR vgl. besonders Dok. 2 und Dok. 5.

⁹ Vgl. dazu auch Dok. 8, Ann. 28.

¹⁰ Die französische Regierung bestätigte am 7. Februar 1964 die Lieferung von 300 Fahrzeugen nach Kuba durch eine französische Firma. Das Geschäft sollte teilweise auf der Basis von Krediten abgewickelt werden, für die die französische Regierung Ausfallgarantien übernahm. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11054.

Zu den französisch-kubanischen Handelsbeziehungen vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 12. Februar 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8437; B 150, Aktenkopien 1964.

¹¹ Während des Besuchs des französischen Finanzministers vom 23. bis 29. Januar 1964 in der UdSSR wurde eine Vereinbarung über den baldigen Abschluß eines langfristigen sowjetisch-französischen Handelsabkommens geschlossen. Wie Botschafter Klaiber, Paris, am 30. Januar 1964 berichtete, habe Giscard d'Estaing jedoch gegenüber den sowjetischen Stellen betont, „daß für Frankreich ein Überschreiten der Maximalkreditfrist der Berner Union (fünf Jahre) nicht in Frage komme“. Vgl. VS-Bd. 8379 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1964.

werde alles getan, um den Handel mit Kuba einzustellen. In der Frage der langfristigen Kredite für die Sowjetunion oder sogar für Rotchina zeige die Bundesregierung die allergrößte Zurückhaltung.

Zur Pressekonferenz de Gaulles¹² sagte der Herr Bundeskanzler, sie sei nicht welterschütternd gewesen, doch habe man mit Bestürzung und Mißbehagen die unversöhnlichen Töne vernommen, die gegen Großbritannien und auch die Vereinigten Staaten gerichtet gewesen seien. Er habe fast den Eindruck, als ob de Gaulle mehr anti-angelsächsisch als pro-französisch sei. Er selbst würde fünfmal lieber in die Vereinigten Staaten gehen und sich dort mit dem Präsidenten unterhalten, als nunmehr nach Paris zu seiner Begegnung mit de Gaulle.

Wenn er eine Bilanz aufstelle über die derzeitige Situation, so wolle er sagen, daß man nach wie vor wünsche, die Freundschaft und Aussöhnung mit Frankreich zu vertiefen und fortzusetzen, weil man dies für unbedingt erforderlich halte, wie sehr eine solche Politik auch durch die Maßnahmen de Gaulles erschwert werde. Eine europäische Politik, Einigung oder Integration sei auf wirtschaftlichem und Verteidigungsgebiet nicht möglich, wenn die Franzosen immer ausscherten.

Was die EWG angehe, so hoffe er, daß man mit de Gaulle in der Erfüllung des Vertrags weiterkommen werde. Aber man glaube Grund zu der Befürchtung zu haben, daß mit neuer Opposition seitens der Franzosen zu rechnen sei, wenn nach den Wahlen in Großbritannien¹³ die Frage der britischen Beteiligung¹⁴ wieder auftauchen werde. Er sei auch besorgt, daß die Kennedy-Runde¹⁵ nicht ganz ohne Störungen sein werde, denn bei der derzeitigen wirtschaftspolitischen Lage und Entwicklung in Frankreich und Italien dürfte die vorgesehene Zollsenkung außerordentlich schwierig sein, wenn nicht auch die Währung manipuliert würde, was aber einen beachtlichen Prestigeverlust zur Folge haben müßte.

Man sei mit de Gaulle einig, wenn er sich auf die Seite der Freunde Deutschlands stelle und in der Berlin- und Deutschlandfrage eine klare Haltung einnehme, doch dürfe man nicht übersehen, daß dies nur eine platonische Liebe wäre, wenn nicht die Amerikaner und auch die Engländer die gleiche Politik verfolgten. Man wisse de Gaulles Haltung zwar zu würdigen, sei sich aber auch ihres relativen Wertes durchaus bewußt.

Völlig verquer sei man mit den Franzosen in der Frage der NATO¹⁶ und der

¹² Auf der Pressekonferenz vom 31. Januar 1964 begründete Staatspräsident de Gaulle insbesondere die Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich. Er griff den Gedanken einer Neutralisierung der südostasiatischen Staaten auf, wofür er allerdings internationale Garantien forderte. Für den Wortlaut vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 162–182; EUROPA-ARCHIV 1964, D 143–154.

¹³ Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

¹⁴ Zur Frage einer britischen Beteiligung im Rahmen einer neuen europapolitischen Initiative vgl. besonders Dok. 12, Dok. 15 sowie Dok. 27, Anm. 17.

¹⁵ Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 12, Anm. 14.

¹⁶ Dazu konstatierte Referat II 7 am 6. Februar 1964: „Auf dem Gebiet der Verteidigungs- und NATO-Politik bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bundesrepublik

MLF¹⁷. Ebensowenig bestehe Übereinstimmung in der Frage der Behandlung der Ost-West-Probleme. Das gleiche gelte für die Vorstellung über die künftige Ausgestaltung Europas. Der Botschafter werde also verstehen, mit welchem Vergnügen er nach Paris gehe, denn all die eben erwähnten Fragen seien so aktuell, daß sie nicht ausgespart werden könnten.

Zu der von de Gaulle geplanten Reise nach Mexiko und in andere lateinamerikanische Länder¹⁸ sowie nach Ostasien und Südostasien¹⁹ sagte der Herr Bundeskanzler, man könne darüber spekulieren, was dabei herauskommen werde und welche Absichten dahintersteckten. Er glaube nicht, daß sich die Franzosen effektiv eine Steigerung ihrer Entwicklungshilfe leisten könnten, da sie sich damit übernehmen und ihre Wirtschaft und Währung zerstören würden.

Zur Frage des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Formosa²⁰ bemerkte der Herr Bundeskanzler, er hätte es lieber gesehen, wenn de Gaulle die Beziehungen hätte abbrechen müssen. So aber habe ihm Tschiang Kai-schek aus einer unangenehmen Lage heraus geholfen. Er befürchte, daß schlechte Beispiele die guten Sitten verderben und eine Reihe von anderen Ländern dem französischen Schritt folgen würden.

Der Herr Bundeskanzler sagte, er spreche über alle Dinge so freimütig mit dem Botschafter, um ihm zu versichern, daß sich an dem absoluten und unerschütterlichen Vertrauen der Bundesrepublik in die Vereinigten Staaten von Amerika nicht das geringste geändert habe. Im Gegenteil, angesichts dieser Ereignisse müßten die beiden Länder noch enger und fester zusammenstehen.

Die Tatsache, daß er auf seiner Reise nach Paris von einer so großen Anzahl von Ministern begleitet werde²¹, habe keine politische Bedeutung. Es handle sich vielmehr um die Erwiderung des Besuchs, den de Gaulle vor einem Jahr Bonn abgestattet habe und bei welchem ebenfalls gleichzeitig eine Reihe von Gesprächen zwischen den Fachministern stattgefunden hätte. Dies sei im Vertrag vorgesehen.

Was die Äußerung de Gaulles auf seiner Pressekonferenz angehe, Europa könne nicht von den Vereinigten Staaten beherrscht werden, so beabsichtigte

Fortsetzung Fußnote von Seite 193

Deutschland und Frankreich. Sie beruhen auf der von Präsident de Gaulle geprägten französischen Konzeption einer nationalen eigenständigen Verteidigung Frankreichs, die mit dem Prinzip der integrierten Verteidigung, die Grundlage des Verteidigungssystems der NATO ist, unvereinbar ist.“ Zu den in dieser Aufzeichnung behandelten unterschiedlichen Auffassungen in Einzelfragen, etwa hinsichtlich der Führung der NATO oder des strategischen Konzepts, vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 142; B 150, Aktenkopien 1964.

¹⁷ Zur französischen Haltung gegenüber der MLF vgl. AAPD 1963, I, Dok. 21 und Dok. 168.

¹⁸ Der französische Staatspräsident besuchte vom 16. bis 19. März 1964 Mexiko und vom 21. September bis 16. Oktober 1964 zehn südamerikanische Staaten. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 235 f. und S. 297 f. Vgl. dazu auch Dok. 93, Anm. 15 und 18.

¹⁹ Staatspräsident de Gaulle besuchte erst im August/September 1966 Asien. Vgl. dazu AdG 1966, S. 12699-12704.

²⁰ Die Republik China (Taiwan) gab am 10. Februar 1964 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich bekannt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 44.

²¹ Bundeskanzler Erhard wurde von den Bundesministern des Auswärtigen, der Verteidigung, für Wirtschaft, für wirtschaftliche Zusammenarbeit und für Familie und Jugend nach Paris begleitet.

er, dem General zu sagen, daß sich die Deutschen von den Amerikanern nicht beherrscht, sondern beschützt fühlten.

Auf die Frage des *Botschafters* eingehend, ob bei den Gesprächen in Paris auch die vor Jahresende in Brüssel getroffenen Abmachungen²² und insbesondere die Frage der Disparitäten²³ zur Sprache kämen, antwortete der Herr *Bundeskanzler*, darüber werde sicher nicht gesprochen werden, denn er wäre überfordert, wenn er sich mit all den technischen Einzelheiten befasse müßte. Es sei aber einleuchtend, daß man unmöglich über tausend Einzelposten sprechen könne, da man sonst nie aus dem Gestrüpp herauskomme.

Was die Haltung der Franzosen zur Kennedy-Runde angehe, so hätten sie zugestimmt, daß von einer Grundlage einer fünfzigprozentigen Kürzung der Zölle ausgegangen werden solle. Man müsse annehmen, daß sie dabei absolut fair gewesen seien. Seine Sorge gelte in dieser Hinsicht aber nicht nur Frankreich, sondern in gleicher Weise auch Italien, wenn auch die politische Haltung der Italiener gegenüber den Vereinigten Staaten in keiner Weise mit der Frankreichs vergleichbar sei. Er befürchte aber, daß eine so weitgehende Zollsenkung in diesen Ländern ohne Währungsmanipulation nicht durchgeführt werden könne. Dies hätte einen erheblichen Prestigeverlust zur Folge. Die Deutschen seien über diesen Zustand keineswegs glücklich, denn dadurch würden sich die eigenen Überschüsse erhöhen und die sich daraus ergebenden inflationistischen Begleiterscheinungen verstärken.

Auf seine Reise nach Rom²⁴ eingehend, sagte der Herr Bundeskanzler, sie habe auch ein erfreuliches Ergebnis gehabt. Dies betreffe die Haltung der Italiener zur MLF. Die christlichen Demokraten seien im Grunde genommen dafür, wenn sie jetzt auch noch nicht so laut davon sprechen wollten, weil sie sich erst noch innerhalb der Regierung endgültig abstimmen müßten. Saragat unterstütze die MLF ebenfalls. Nenni sei bisher ein Gegner der MLF gewesen. Nun gehöre aber Nenni bestimmt nicht zu den Bewunderern de Gaulles oder seiner Politik. Mit Nenni habe er anderthalb Stunden offen gesprochen und ihm offen gesagt, er verstehe nicht, warum Nenni gegen die MLF sei. Die französische Politik laufe doch deutlich darauf hinaus, Mißtrauen gegen die Vereinigten Staaten zu säen und Zweifel daran zu erwecken, ob die Vereinigten Staaten tatsächlich bereit wären, im Ernstfall ihre eigenen nuklearen Streitkräfte zum Schutze Europas einzusetzen. Außerdem zweifle er daran, ob die amerikanischen Streitkräfte in Europa blieben.²⁵ Wenn de Gaulle sich damit durchsetzen würde, so könnte er mit seiner Force de frappe, so klein und schwach sie auch wäre, den Eindruck erwecken, daß damit Europa geschützt würde. Nun seien die Italiener aber besorgt wegen einer französischen oder deutschen Hegemonie in Europa. Was Deutschland angehe, so bestünde weder eine solche Absicht noch die Bereitschaft, sich an einem französischen Hegemonestreben zu beteiligen. Er habe Nenni gesagt, das sicherste Mittel, um zu verhindern, daß de Gaulles Traum Wirklichkeit werde, bestünde in der Schaf-

²² Zum Ergebnis der EWG-Ministerratssitzung vom 16. bis 23. Dezember 1963 vgl. Dok. 28, Anm. 4.

²³ Vgl. dazu Dok. 14, Anm. 14.

²⁴ Zu den Regierungsbesprechungen vom 27./28. Januar 1964 vgl. Dok. 27-29.

²⁵ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 21. November 1963 in Paris; AAPD 1963, III, Dok. 423.

fung der MLF, weil dadurch die NATO gestärkt und die französische Force de frappe auf ihre richtige Perspektive reduziert würde. Nenni habe ihm darauf geantwortet, er habe die Dinge bisher noch nie in diesem Lichte gesehen, wolle sich das aber alles durch den Kopf gehen lassen. Er hoffe, daß er in nicht allzu ferner Zeit einmal nach Bonn kommen werde, bei welcher Gelegenheit das Gespräch fortgesetzt werden könnte. Er habe den Eindruck gewonnen, als ob bei Nenni das Eis gebrochen sei. Im übrigen glaube er, daß die Italiener sehr stark nach Großbritannien blickten und ihre eigenen Entscheidungen weitgehend von dem abhängig machten, was sich in Großbritannien entwickeln werde.

Staatssekretär Dr. Westrick führte aus, seit der Herr Bundeskanzler sich immer wieder so klar gegen die Kreditgewährung an die Russen ausgesprochen habe, zeige sich bei den Sowjets auch im laufenden Handel und bei Bargeschäften eine restriktive Tendenz, die hauptsächlich in prohibitiven Preisen ihren Niederschlag finde. Die von den Sowjets genannten Preise seien einfach indiskutabel. Deswegen sei es für die deutsche Seite um so wichtiger, daß verhindert werde, daß Großbritannien oder Frankreich in das Geschäft einsteige.

Zur Frage der Passierscheinregelung²⁶ in Berlin führte der Herr Staatssekretär aus, man wolle keine Wiederholung des an Weihnachten durchgeföhrten Verfahrens, weil die Kommunisten entgegen ihrer Zusage, in dieser Regelung nur eine humanitäre Aktion zu sehen, alle Mittel benutztten, um eine politische Aktion daraus zu machen. Deswegen wolle man alle sich daraus ergebenen Folgen vermeiden. In der Sowjetzone sei im Fernsehen und Radio immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die Zonenbeamten, die in Westberlin die Passierscheine entgegengenommen und ausgegeben hätten, konsularähnliche Funktionen ausgeübt hätten. Eine Wiederholung dessen wolle man unter allen Umständen verhindern. Über diese Frage sei heute mehrere Stunden lang mit Vertretern Berlins gesprochen worden.²⁷ Wenn eine neue Regelung zustande komme, wolle man damit eine politische Verbesserung verknüpfen, die zunächst einmal vorsehe, daß in Zukunft keine Vertreter der SBZ oder Ostberlins in Westberlin tätig würden. Die Ausgabe der Passierscheine könne auf Westberliner Stellen übertragen werden. Aus der Art und Weise, wie der Osten darauf bestehe, in Westberlin die Passierscheine selbst auszugeben, gehe klar hervor, daß er nur einen politischen Effekt erzielen wolle.

Die Ostberliner hätten vorgeschlagen, daß für besondere Härtefälle die Ausgabe der Passierscheine auch weiterhin in Westberlin erfolgen solle. Man sehe aber keinen Grund dafür, warum auch in solchen Fällen nicht wie bisher telegraphisch der Antrag gestellt werden könnte. Man befürchte allgemein,

²⁶ Zu den Passierschein-Gesprächen vgl. zuletzt Dok. 26.

²⁷ Die Besprechung fand am 11. Februar 1964 im Bundeskanzleramt statt. Dabei waren sich Bundesregierung und Senat einig, „daß für eine Dauerlösung der Passierscheinfrage eine Tätigkeit Ost-Berliner Beamter in Berlin (West) nicht in Betracht komme. Ferner seien für die Form der Vereinbarung eine Anzahl substantieller Verbesserungen notwendig.“ Nicht einig war man sich dagegen über die Form einer kurzfristigen Lösung für die Oster- und Pfingstfeiertage. Im Gegensatz zur Bundesregierung, die auch für diesen Fall grundlegende Verbesserungen forderte, erachtete der Senat von Berlin eine Wiederholung des Abkommens vom 17. Dezember 1963 mit lediglich geringfügigen Korrekturen als tragbar. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats Wentker vom 12. Februar 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1964.

daß mit den östlichen Versuchen ein Zwei- oder Drei-Staaten-System²⁸ untermauert werden solle. Innerhalb des Senats von Westberlin scheinen auch gewisse Meinungsverschiedenheiten aufgetreten zu sein, was sich aus dem Rücktritt von Herrn Arndt²⁹ und dem beabsichtigten Rücktritt von Herrn Schiller³⁰ ergebe. Der Herr Bundeskanzler werde im Lauf der kommenden Woche mit Herrn Brandt ein Gespräch führen.³¹ Man habe in Bonn den Eindruck erlangt, als ob der Regierende Bürgermeister bereit sei, eine gewisse Nachgiebigkeit zumindest für eine temporäre Regelung zu zeigen, doch wolle man sich hier auf keinen Fall auf eine Wiederholung der Lösung einlassen, wie sie an Weihnachten praktiziert worden sei. Eine Wiederholung würde nur die Position Berlins schwächen. Man sei sich andererseits aber durchaus bewußt, daß eine derartige Haltung möglicherweise zu einer Verhärtung im Interzonengeschäft und in der Frage der Autobahngebühren führen könnte. Das müsse man in Kauf nehmen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß sich aus der Passierscheinfrage schon gewisse Schwierigkeiten in den auswärtigen Beziehungen ergeben hätten. Einige Länder hätten gefragt, warum sie keine Beziehungen mit der Ostzone aufnehmen sollten, wenn Westberlin und die Bundesrepublik gestatteten, daß Funktionäre des Ostens auf Westberliner Gebiet tätig würden.³² Es sei nicht ganz einfach gewesen, die Dinge wieder auf die richtige Linie zu bringen. Er selbst habe dem stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden³³ und Bürgermeister Brandt gesagt, es wäre eine nationale Katastrophe, wenn sich in dieser Frage Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bundesregierung und dem Senat oder zwischen der Koalition und der Opposition ergeben würden.³⁴

²⁸ Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. besonders Dok. 13, Anm. 10 und 15.

²⁹ Der Senator für Kunst und Wissenschaft reichte am 5. Februar 1964 ein Rücktrittsgesuch ein. Vgl. dazu DIE WELT, Nr. 34 vom 10. Februar 1964, S. 1. Zum Hintergrund vgl. DER SPIEGEL, Nr. 8 vom 19. Februar 1964, S. 22–24.

³⁰ Die Rücktrittserwägungen des Senators für Wirtschaft wurden in Zusammenhang gebracht mit einem „Unbehagen über die Passierscheinpolitik“. Vgl. dazu den Artikel „Der Berliner Senator Schiller erwägt den Rücktritt“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 36 vom 12. Februar 1964, S. 1.

³¹ Das Gespräch fand am 17. Februar 1964 statt. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 261; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 41 vom 18. Februar 1964, S. 1.

³² So kam etwa die Rechtsabteilung des italienischen Außenministeriums nach Prüfung der Passierschein-Vereinbarung zu dem Ergebnis, daß sich „ein weitreichender Wandel“ in der Politik der Bundesrepublik gegenüber der DDR vollzogen habe: „Angesichts dieser Entwicklung beständen formal keine Bedenken mehr, wenn z.B. der italienische Außenminister Saragat Schreiben, die von Pankower Regierungsstellen an die italienische Regierung gerichtet würden, beantworte.“ Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken vom 3. Januar 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 387; B 150, Aktenkopien 1964.

Am 14. Januar 1964 hielt das Referat II 1 fest: „Wir sind in der Passierscheinfrage ohnehin bis an die Grenze des politisch Vertretbaren gegangen. Dies lassen auch ausländische Reaktionen erkennen, die eine Auflösung unserer Deutschland- und Berlin-Politik in Richtung auf eine faktische Anerkennung der Zone und eine Annahme der kommunistischen Freistadt-Theorie annehmen.“ Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 387; B 150, Aktenkopien 1964.

³³ Vermutlich Fritz Erler.

³⁴ Zu Kontakten zwischen Erhard und Brandt in der Passierschein-Frage vgl. auch AAPD 1963, III, Dok. 471 und Dok. 485. Vgl. ferner BRANDT, Erinnerungen, S. 79.

Der Herr Bundeskanzler fragte den Botschafter sodann, wie sich die Anerkennung Pekings durch Frankreich auf das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und China auswirken könnte. Er selbst äußerte den Gedanken, daß, wenn die Anerkennung Pekings zu einer politischen Aufwertung der Chinesen und zu einer Stärkung ihrer Wirtschaft und damit auch der politischen Position Chinas führe, Chruschtschow dies als einen Angriff oder zumindest als eine feindselige Haltung empfinden könnte und daß sich dann bei Chruschtschow möglicherweise eine größere Bereitschaft zeige, mit dem Westen über eine Entspannung zu reden. Diesen Gedanken dürfe man aber noch gar nicht laut äußern. Im Grunde genommen halte er es aber für viel wahrscheinlicher, daß sich eher die Russen und die Chinesen wieder verständigten. Bevor die Russen sich an den Westen wenden würden, würden sie sicher versuchen, mit den Chinesen wieder ins reine zu kommen.

Der Herr Bundeskanzler sagte ferner, wenn es de Gaulle darum gegangen wäre, an die Stelle eines Dualismus einen Pluralismus zu setzen, dann wäre es vernünftiger gewesen, etwas für die Stärkung der NATO und Europas zu tun.

Auf die letzte Äußerung des *Botschafters* eingehend, daß er ein Telegramm von Herrn Blaustein bekommen habe, der vor einiger Zeit zusammen mit Herrn Goldmann in Bonn vorgesprochen habe³⁵, sagte der Herr *Bundeskanzler*, die Taktik dieser Herren sei sehr geschickt, indem sie zugäben, daß die Leistungen der Bundesrepublik weit über alle Erwartungen hinaus gegangen seien, daß man sie nun aber nicht einfach sang- und klanglos einstellen dürfe.³⁶

Das Gespräch endete gegen 17.45 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 7

³⁵ Der Präsident der Jewish Claims Conference, Goldmann, übergab Bundespräsident Lübke am 22. Januar 1964 in Bonn ein Memorandum über die Errichtung einer jüdischen Kulturstiftung, die dazu dienen sollte, nach dem Abschluß der Wiedergutmachungszahlungen die Erinnerung „an dieses einmalige Gesetzeswerk lebendig zu erhalten“. Für eine Abschrift des Memorandums sowie weitere Unterlagen zu diesem Besuch vgl. Referat I B 4, Bd. 115.

³⁶ Der Besuch von Vertretern der Jewish Claims Conference in Bonn stand auch im Zusammenhang mit der anstehenden Novellierung des Bundesrückerstattungsgesetzes und des Bundesentschädigungsgesetzes (Schlußgesetzgebung zur Wiedergutmachung), durch die eine Fortführung von Wiedergutmachungsleistungen gesichert werden sollte. Die Jewish Claims Conference trug dabei verschiedene Forderungen an die Bundesregierung heran. Vgl. dazu Referat V 2, Bd. 878. Vgl. dazu auch Dok. 276.

Zur Diskussion im Januar 1964 um die Schlußgesetzgebung zur Wiedergutmachung vgl. auch BULLETIN 1964, S. 173-175.

Staatssekretär Carstens an die Vertretung bei der NATO in Paris**II 8-82-01-3/782/64 geheim****Fernschreiben Nr. 593****12. Februar 1964¹****Aufgabe: 13. Februar 1964, 10.30 Uhr**

Sie werden gebeten, im Politischen Ausschuß des NATO-Rats bei der Erörterung der politischen Seite der BBP folgendes zu erklären:

I. Wir haben uns seit langem mit der Frage der Errichtung eines Systems von BBP beschäftigt und sind bei der Prüfung dieser Frage immer davon ausgegangen, daß das Projekt nur unter zwei Voraussetzungen verfolgt wird², nämlich daß einmal die Sowjets ihre damit verbundenen Forderungen³ fallen lassen würden und daß zum anderen eine sorgfältige militärische Prüfung die Nützlichkeit oder vielleicht sogar die Notwendigkeit dieser Maßnahme bestätigen würde.

Aus diesem Grunde sind wir stets dafür eingetreten, daß zunächst die militärische Prüfung abgeschlossen werden müsse und daß wir uns erst dann zur politischen Seite des Problems eine Meinung bilden würden, wenn eindeutig festgestellt ist, daß BBP im Bereiche der NATO und der Länder des Warschauer Pakts einen wertvollen Beitrag leisten könnten, um die Gefahr von Überraschungsangriffen konventioneller Art ganz auszuschließen oder wesentlich zu vermindern.

Im Laufe der bisher hier im NATO-Rat geführten Diskussionen⁴ haben wir daher jeden Beitrag zur militärischen Beurteilung des BBP-Systems begrüßt, wie vor allem die zuletzt hier vorgelegten Arbeitspapiere der britischen und amerikanischen Regierung⁵. Beide Dokumente stellen eine wertvolle Erläuterung und Illustration der bisher geäußerten Gedanken dar und stellen ein Modell vor Augen, das wir bei unserer bereits vorgetragenen militärischen Auffassung und bei unserer politischen Meinungsbildung berücksichtigt haben.

II. Als Ergebnis der unter militärischen Aspekten bisher durchgeführten Prüfung müssen wir jedoch feststellen, daß wir von der militärischen Nützlichkeit eines Systems von BBP nicht haben überzeugt werden können. Es ist auch kaum anzunehmen, daß in Zukunft neue Argumente, die für die Errichtung dieser Posten sprechen würden, gefunden werden können.

¹ Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahn konzipiert und über Ministerialdirigent Reinkemeyer und Ministerialdirektor Krapf an Staatssekretär Carstens geleitet.

² Der Passus „davon ausgegangen, daß das Projekt nur unter zwei Voraussetzungen verfolgt wird“ wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „von zwei Voraussetzungen ausgegangen“.

³ Die UdSSR bestand auf einem Junktum zwischen einer Errichtung von Bodenbeobachtungsposten einerseits und einer Entnuklearisierung Deutschlands sowie einer Reduzierung der dort stationierten Streitkräfte andererseits. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 29.

⁴ Vgl. dazu bereits Dok. 31, besonders Anm. 5.

⁵ Zum britischen bzw. amerikanischen Vorschlag für eine Errichtung von Bodenbeobachtungs posten vgl. bereits Dok. 13, Anm. 33-35.

Die bisher hier vorgetragenen Vorteile, die zum Teil auch nicht in Abrede gestellt werden sollen, wiegen jedoch die mit den Posten verbundenen Nachteile, Gefahren und Risiken nicht auf, so daß wir nach unserer Auffassung auch auf die geringen Vorteile verzichten sollten. Um neue militärische und politische Risiken einzugehen, sollten wir nicht ein im übrigen kompliziertes und kostspieliges Projekt verfolgen, selbst wenn es uns einige Vorteile, wie z.B. auf dem Gebiet der Nachrichtenbeschaffung, bieten würde.

An dieser Stelle sei in Ergänzung des in der vorigen Sitzung vorgetragenen militärischen Gutachtens⁶ besonders darauf hingewiesen, daß die Zuteilung von Beobachtern an die Divisionsstäbe der in Deutschland stationierten ausländischen Truppen nach unserer Auffassung auf große Bedenken stoßen muß. In der Sowjetzone wird die Anwesenheit der 20 sowjetischen Divisionen von der Bevölkerung zu Recht als gewaltsame Einmischung einer fremden Macht zum Zwecke der Aufrechterhaltung des verhaßten Ulbricht-Regimes empfunden. Die Entsendung von westlichen Verbindungsoffizieren zu diesen Divisionen würde psychologisch als Sanktionierung dieser andauernden Unterdrückungsmaßnahme verstanden werden. Wir sind daher der Meinung, daß man auf die Entsendung dieser Beobachter möglichst verzichten und ebenso wenig sowjetische Beobachter bei den westlichen Divisionen in Deutschland zulassen sollte, die dort besondere Probleme der inneren Sicherheit und Truppenmoral auwerfen könnten.

III. Es besteht⁷ – wie wir glauben – wohl Übereinstimmung darüber, daß versucht wird, mit Maßnahmen zur Verminderung der Gefahr von Überraschungsangriffen das Problem der europäischen Sicherheit in der Weise zu lösen, daß die Kriegsgefahr möglichst ausgeschaltet und jeder Seite der Anreiz zu einem Überraschungsschlag genommen wird.

Demgegenüber sind wir der Meinung, daß das Problem der europäischen Sicherheit nicht als ein rein militärisches verstanden werden kann, da die Gefahr einer Auseinandersetzung nicht so sehr auf der Konfrontation der Truppen in West und Ost beruht. Unsere Sicherheit ist vielmehr dadurch gefährdet, daß die Sowjetunion in Mitteleuropa aggressive Ziele verfolgt (siehe Berlinkrise!) und daß sie unter Einsatz ihrer militärischen Macht einen Teil des deutschen Volkes unterdrückt hält und die Wiedervereinigung nicht zuläßt⁸.

⁶ Die Ausführungen des Botschafters Grewe, Paris (NATO), am 3. Februar 1964 vor dem Politischen Ausschuß des NATO-Rats beruhten auf einer Vorlage des Bundesministeriums der Verteidigung. Darin wurde der Wert von Bodenbeobachtungsposten für die Früherkennung von Angriffs vorbereitungen als gering eingeschätzt. Es bestehet jedoch die Gefahr, daß ein solches System „ein falsches Sicherheitsgefühl“ hervorrufe. Außerdem stellten die östlichen Beobachter ein Sicherheitsrisiko dar, da ein Mißbrauch der Posten zu Spionage- und Sabotagezwecken nicht auszuschließen sei. Vgl. das Fernschreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 31. Januar 1964 an das Auswärtige Amt; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 270; B 150, Aktenkopien 1964.

⁷ Die Wörter „Es besteht“ wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Bei der Betrachtung der politischen Seite des Projekts besteht“.

⁸ Der Passus „da die Gefahr einer Auseinandersetzung ... und die Wiedervereinigung nicht zuläßt“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Reinkemeyer zurück. Vorher lautete er: „da die Gefahr einer Auseinandersetzung nicht allein auf der Konfrontation der Truppen in West und Ost beruht, sondern daß unsere Sicherheit durch die politisch unbefriedigende und durch die sowjetischen Gewaltmaßnahmen geschaffene Lage in Mitteleuropa gefährdet ist.“

Man kann daher der europäischen Sicherheit nur dann einen Dienst erweisen, wenn man an die sie gefährdenden Grundursachen herangeht und nicht nur an die Symptome, d.h., wenn man mit Maßnahmen zur Stärkung unserer Sicherheit auch gleichzeitig die Ursachen unserer Gefährdung beseitigt.

Was Deutschland anbetrifft, so sind wir der Ansicht, daß ein System von BBP in unserem Lande so sehr auf der Grundlage der Spaltung aufzubauen und militärisch wie auch politisch den Status quo stabilisieren würde, daß sich allmählich ein System von vermeintlicher Sicherheit auf der Basis der deutschen Teilung herausbilden würde. Aus diesem Grunde haben wir von jeher die Meinung vertreten, daß eine Regelung der europäischen Sicherheit ohne gleichzeitige Regelung der deutschen Frage nicht vertretbar ist.

IV. Der besonderen militärischen und politischen Situation in Deutschland auf dem Gebiete der Sicherheit wird bereits durch das Bestehen der alliierten Militärmisionen Rechnung getragen, über deren Aufgaben und Tätigkeit der Politische Ausschuß bereits unterrichtet worden ist.⁹

Wir sind der Überzeugung, daß diese Missionen in Deutschland vollauf genügen, um eventuelle Vorbereitungen für einen konventionellen Überraschungsangriff¹⁰ im voraus zu erkennen. Abgesehen von anderen Nachrichtenquellen, über die beide Seiten verfügen, dürfte den beweglichen Missionen ein großangelegter Landaufmarsch nicht verborgen bleiben können, so daß beide Seiten, was den deutschen Raum anbetrifft, bezüglich der Beobachtertätigkeit befriedigt sein könnten. Den beweglichen Militärmisionen (MM) sind trotz der Sperrgebiete mehr Informationen über Truppenbewegungen erreichbar, als sie den festen BBP an Bahnhöfen, Brücken oder Straßenkreuzungen zugänglich wären. Der geringe militärische Wert, der den BBP innewohnt, wird in Deutschland bereits durch die MM erzielt, wenn nicht gar übertroffen.

Die Bundesregierung ist daher der Auffassung, daß für Deutschland, solange es geteilt ist, der bisher durch die MM gewährleistete Schutz vor Überraschungsangriffen auch in Zukunft ausreicht.¹¹

V. Sollte sich möglicherweise die Sowjetunion mit diesem Lösungsvorschlag nicht einverstanden erklären und auf BBP auch in Deutschland bestehen, so wären wir bereit zu prüfen, ob wir eine gewisse Anzahl von echten BBP im Bundesgebiet zulassen könnten. In Frage kämen eventuell gemäß dem amerikanischen Arbeitspapier 3 bis 4 Posten in den Nordsee-Häfen. Die Bundesrepublik Deutschland würde insoweit auch an dem Vertrag über ein System von BBP teilnehmen.

Bei diesen Erwägungen, die zunächst nur als eine unverbindliche Ansicht vor-

⁹ Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 25. November 1963; AAPD 1963, III, Dok. 427.

¹⁰ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Reinkemeyer gestrichen: „sei es im Westen oder im Osten“.

¹¹ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Erst nach der Wiedervereinigung wird eine gesamtdeutsche Regierung über die Beteiligung an einem System von BBP zu entscheiden haben.“

getragen werden¹², setzen wir jedoch voraus, daß der Westen auf die Stationierung von BBP in der SBZ verzichtet und auch keine Verbindungsoffiziere als Beobachter zu den sowjetischen Divisionen entsendet.

Sollten die Sowjets auf der Teilnahme der SBZ bestehen, so könnte ihnen geantwortet werden, daß das westliche Sicherheitsbedürfnis, soweit es Truppenaufmärsche in der SBZ betrifft, durch die drei westlichen MM befriedigt sei und daß aus diesem Grunde auf die BBP in der Zone verzichtet werden könne. Jedes weitere Insistieren der Sowjetregierung würde nur deutlich machen, daß sie mit dem Rufe nach westlichen Posten für die Zone andere Ziele als den Schutz ihrer eigenen Sicherheit verfolgt.

VI. An unsere eigene Teilnahme an dem System von BBP würden wir die Hoffnung und die Erwartung knüpfen, daß unsere Verbündeten die Gelegenheit des Gespräches mit den Sowjets¹³ nutzen würden, bei der Erörterung dieses zentralen Problems der europäischen Sicherheit auch die Deutschlandfrage anzuschneiden und hier auf Fortschritte zu drängen, ohne die jede Maßnahme der Rüstungskontrolle in Mitteleuropa unbefriedigend und nutzlos bleiben muß.

VII. Für das weitere Verfahren erheben wir keine Bedenken dagegen, daß unsere in Genf vertretenen Verbündeten das Thema BBP mit den Sowjets aufnehmen¹⁴, wobei jedoch bereits bei der Erörterung der Stationierung der Posten und der teilnehmenden Länder darauf hingewiesen werden sollte, daß es im Falle Deutschlands bei den bestehenden MM sein Bewenden haben soll. In diesem Zusammenhang legen wir Wert darauf, daß das gesamte System von BBP als ein weltweites, die gesamten Territorien der beiden Paktorganisationen umfassendes System angelegt wird, wie es auch z.B. das amerikanische Arbeitspapier vorsieht. Stichwort: San Franzisko bis Wladiwostok.¹⁵

Eventuell wäre auch zu erwägen, ob nicht zum Zwecke der Sammlung von Erfahrungen und zur Prüfung der wahren sowjetischen Absichten ein militärisch durchaus sinnvolles bilaterales System von BBP zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vorgeschlagen werden könnte, wodurch die wichtigsten Ausgangspunkte für Landaufmärsche, nämlich die polnisch-sowjetische Spurwechselzone¹⁶ und die amerikanischen Atlantikhäfen, erfaßt würden.

VIII. Nur zur Information: Unserer politischen Einlassung, die mit dem Bun-

¹² Der Passus „die zunächst nur als eine unverbindliche Ansicht vorgetragen werden“ wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

¹³ Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Reinkemeyer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Russen“.

¹⁴ Großbritannien legte am 26. März 1964 der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission einen Vorschlag betreffend die Errichtung eines Systems von Bodenbeobachtungsposten vor. Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1964, S. 112-118.

Zur Erörterung des Vorschlags für Bodenbeobachtungsposten in Genf vgl. auch Dok. 173.

¹⁵ Der Passus „Stichwort: San Franzisko bis Wladiwostok.“ wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

¹⁶ Während in Polen, wie in den meisten westeuropäischen Ländern, der Eisenbahnverkehr auf der Normalspur (1,435 m) abgewickelt wurde, bestand in der UdSSR ein Netz von Breitspurbahnen (1,524 m).

desministerium der Verteidigung abgestimmt ist, liegt die Überlegung zu grunde, daß ein System von BBP, wie es die Amerikaner vorgeschlagen haben, die Gefahr der Aufwertung oder gar der Anerkennung der SBZ nur ungenügend ausschließt, daß wir aber andererseits gegenüber dem starken amerikanischen und britischen Drängen unsere eigene Bereitschaft zur Teilnahme unverbindlich bekunden sollten.

Sie werden gebeten, sich in der Diskussion insoweit möglichst nicht festzulegen und nur von diesbezüglichen Überlegungen und Erwägungen zu sprechen. Unser Ziel ist dabei, von einem umfassenden multilateralen Vertragssystem, sollte es je zustande kommen, nicht ausgeschlossen zu bleiben, während die SBZ auf keinen Fall in irgendeiner Form teilnehmen darf.¹⁷

Carstens¹⁸

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 270

44

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Paris

Z A 5-28.A/64 geheim

14. Februar 1964¹

Der Herr Bundeskanzler führte am 14. Februar 1964 um 11.00 Uhr in Paris im Palais de l'Elysée ein erstes Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

Der Herr Bundeskanzler und General de Gaulle begrüßten eingangs diese Gelegenheit zu freimütigem Meinungsaustausch.

¹⁷ Abgesehen von geringfügigen Änderungen wurden die im vorliegenden Drahterlaß niedergelegten Überlegungen am 17./18. Februar 1964 dem Politischen Ausschuß des NATO-Rats zur Kenntnis gebracht. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafterrats I. Klasse Sahm, Paris (NATO), vom 19. Februar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 270; B 150, Aktenkopien 1964.

Am 25. Februar 1964 äußerte sich Ministerialdirektor Krapf zur amerikanischen Reaktion: „In Anbetracht des deutschen politischen Arguments gegen Beobachter bei den Truppeneinheiten sei die amerikanische Seite bereit, diesen Gedanken zunächst fallenzulassen, vorausgesetzt, daß sie sich mit uns über die Stationierung von sowjetischen BBP in der Bundesrepublik Deutschland verständigen könne.“ Krapf schlug vor, „unter allen bekannten Vorbehalten“ den USA die Bereitschaft zur Stationierung von vier Posten in der Bundesrepublik zu bestätigen. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 270; B 150, Aktenkopien 1964.

¹⁸ Paraphe vom 12. Februar 1964.

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 18. Februar 1964 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder am 24. und Staatssekretär Carstens am 25. März 1964 vorgelegen. Zum Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Paris vgl. auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 65-72.

Der Herr *Bundeskanzler* berichtete dann zunächst über seine Reisen nach Amerika², London³ und Italien⁴. Er bemerkte, bei diesen Besuchen sei nichts gesagt worden, was er nicht schon bei seinem ersten Gespräch mit General de Gaulle⁵ diskutiert habe. Er sei somit in der Lage gewesen, auf allen Stationen dieselbe Position darzulegen und damit eine Vertrauensgrundlage zu schaffen, die, wie er hoffe, für die erfolgreiche Erledigung der gemeinsamen Aufgaben in der Zukunft geeignet sei. Sein Besuch in Amerika habe zunächst dem gegenseitigen Kennenlernen gegolten. Er brauche wohl nicht zu sagen, daß die Amerikaner etwas bestürzt darüber seien, daß die europäische Einigung auf keinem Gebiet, sei es in der EWG oder zwischen der EWG und der EFTA, Fortschritte mache. Insbesondere hinsichtlich der NATO hätten die Amerikaner Besorgnis geäußert. Präsident Johnson sehe diese Dinge zweifellos stark im Hinblick auf die bevorstehenden amerikanischen Wahlen⁶. In der amerikanischen Öffentlichkeit mache sich ebenfalls eine gewisse Bestürzung breit, weil Europa nicht den Weg zu einer Einigung, einer gemeinsamen Linie und einer gemeinsamen Weltbetrachtung finde. Hinsichtlich der NATO habe er dem General ja schon dargelegt, daß die deutschen und die französischen Anschauungen nicht dieselben seien. Die Bundesrepublik sei der NATO treu und könne auf das Bündnis mit Amerika nicht verzichten. Präsident de Gaulle habe ihm das letzte Mal schon sein Verständnis dafür gezeigt. Er (der Herr Bundeskanzler) wisse nicht, ob in dem heutigen Gespräch eine Möglichkeit gefunden werden könnte, mit Unterstützung de Gaulles die NATO zu stärken, um gegenüber einem möglichen Angreifer eine klarere Verteidigungsfront erscheinen zu lassen. Der amerikanische Präsident habe erneut betont, daß er die deutsch-französische Freundschaft nicht nur verstehe, sondern auch begrüße. Darüber hinaus aber wünsche er eine stärkere politische Straffung Europas, um Europa ein ausgeprägteres Profil zu geben. Ohne die amerikanische Politik interpretieren zu wollen, glaube er doch, daß die amerikanische Regierung und auch die amerikanische Öffentlichkeit bestürzt seien. Es gebe eine Reihe von Ereignissen, die für die amerikanische Politik erregend seien: Panama⁷, Kuba⁸, Zypern⁹ (mit der Gefahr, daß zwei NATO-Verbündete in kriegs-

² Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 28./29. Dezember 1963 in Stonewall, Texas, vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

³ Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 15./16. Januar 1964 vgl. Dok. 12–15.

⁴ Zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen vom 27./28. Januar 1964 vgl. Dok. 27–29.

⁵ Zu den Gesprächen am 21. November 1963 vgl. AAPD, III, Dok. 421 und Dok. 423.

⁶ Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

⁷ Nach blutigen Auseinandersetzungen zwischen den amerikanischen Streitkräften und der panamesischen Bevölkerung in der von den USA kontrollierten Kanalzone brach Panama am 10. Januar 1964 die diplomatischen Beziehungen zu den USA ab. Am 16. Januar 1964 erklärte sich Panama nur unter der Bedingung zu einer Wiederaufnahme der Beziehungen bereit, daß über den Abschluß eines neuen Vertrags über den Panama-Kanal verhandelt werde. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 26, Z 36 und Z 40.

⁸ Am 2. Februar 1964 wurden innerhalb der amerikanischen Hoheitsgewässer vor Florida vier kubanische Fischereifahrzeuge aufgebracht und in Key West interniert. Die kubanische Regierung, die von einer Aufbringung der Boote in internationalen Gewässern ausging, erhob hiergegen Protest und sperrte am 6. Februar 1964 die Wasserzufuhr für den amerikanischen Stützpunkt Guantanamo auf Kuba. Die USA wiesen den Protest zurück und erklärten, Guantanamo sei nicht auf kubanische Wasserlieferungen angewiesen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 49 und Z 52.

⁹ Zur Zypern-Frage vgl. zuletzt Dok. 37.

rische Verwicklungen geraten könnten und natürlich habe auch die Anerkennung Pekings durch Paris eine gewisse Erregung in Amerika¹⁰ ausgelöst. Man frage sich, wie eine Neutralisierung Südostasiens¹¹ denn aussehen könnte und welches die Rückwirkungen auf das russisch-chinesische Verhältnis sowie auf Amerika wären. Von deutscher Seite frage man sich außerdem, ob die Anerkennung Pekings durch Frankreich möglicherweise das deutsche Problem tangieren könnte.¹² Dazu aber werde sich der General sicher noch äußern. Es bestehe somit ein Mißvergnügen in den Vereinigten Staaten; und die Amerikaner versuchten, freundschaftliche Beziehungen mit dem treuesten Partner, Deutschland, aufrechtzuerhalten. Diese Beziehungen beständen, ohne daß dadurch die gemeinsamen deutsch-französischen Anstrengungen tangiert würden. Beim letzten Gespräch habe der General schon darauf hingewiesen, es wäre ein schlechter Witz, wollte man Deutschland vor die Alternative Frankreich oder Amerika stellen.¹³ Er sei für diese Aussage sehr dankbar, weil damit Deutschland die Möglichkeit habe, eine klare Politik zu verfolgen, alles für die Stärkung des deutsch-französischen Verhältnisses und für die Stärkung Gesamteuropas zu tun, andererseits auch das Bündnis mit Amerika zum Schutze Europas aufrechtzuerhalten. Präsident Johnson habe natürlich Wert auf eine Pflege der bilateralen deutsch-amerikanischen Beziehungen gelegt, dabei aber immer wieder darauf hingewiesen, daß Amerika nicht zahlreiche bilaterale Beziehungen mit den europäischen Ländern haben möchte, sondern vielmehr froh wäre, wenn es mit einem ausreichend qualifizierten europäischen Partner sprechen könnte. Damit werde die Frage einer politischen Union aufgeworfen. Abschließend wolle er sagen, daß der amerikanische Präsident die gemeinsamen Bemühungen zur Förderung einer politischen Union Europas¹⁴ sehr begrüßt habe und sich erfreut gezeigt habe, daß es in der EWG gelungen sei, in der Kennedy-Runde zu einer gemeinsamen Linie¹⁵ zu finden. Bei seinem London-Besuch sei besonders bemerkenswert, daß die Atmosphäre sehr gut gewesen sei. Dies sei deshalb wichtig, weil in den vergangenen Jahrzehnten im Grunde zwischen Deutschland und Großbritannien immer ein gewisses Mißtrauen geherrscht habe. Es sei ihm wohl gelungen, die Briten davon zu überzeugen, daß Deutschland ein vertrauenswürdiger Partner sei. In den eigentlichen Anliegen habe jedoch nicht viel erreicht werden können. Bereits beim letzten Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten sei ja gesagt worden, daß Großbritannien im Augenblick nicht ansprechbar sei. In den europäischen Fragen verhielten sich die Engländer schweigend. Dabei glaube er persönlich jedoch, daß Sir Alec bei einem Sieg der konservativen Partei der europäischen Po-

¹⁰ Die Volksrepublik China wurde am 27. Januar 1964 von Frankreich diplomatisch anerkannt. Zur Unterrichtung der USA über diesen Schritt und zur amerikanischen Reaktion vgl. Dok. 11, Anm. 8, und Dok. 17, Anm. 37.

¹¹ Auf der Pressekonferenz vom 31. Januar 1964 befürwortete Staatspräsident de Gaulle den Gedanken einer Neutralisierung der südostasiatischen Staaten. Vgl. dazu Dok. 42, Anm. 12.

Zum französischen Vorschlag einer Neutralisierung Vietnams vgl. auch Dok. 11, Anm. 12.

¹² Zu den möglichen Rückwirkungen auf die Politik der Nichtanerkennung vgl. bereits Dok. 17, besonders Anm. 31.

¹³ Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 5.

¹⁴ Zu den Bemühungen um eine europapolitische Initiative vgl. bereits Dok. 7 und Dok. 22.

¹⁵ Zu den Beschlüssen des EWG-Ministerrats vom 23. Dezember 1963 zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 14, Anm. 14.

litik gegenüber sicherlich aufgeschlossener wäre als Labour, das äußerst zögernd sei. Natürlich hätten die Engländer ebenfalls von den neuen Bemühungen erfahren, es bei der EWG nicht bei einem rein wirtschaftlichen Inhalt zu belassen, sondern vielmehr eine politische Einigung anzustreben. Eine sehr klare Haltung habe England dabei nicht bezogen außer dem ausgeprägten Wunsch, daß sich dies nicht in Formen abspielen möge, in die England später nicht mehr hineinpassen würde. England wäre niemals bereit, einer Föderation zuzustimmen und Souveränitätsrechte aufzugeben. Dennoch könne man von englischer Seite im Augenblick keine konkreten Auffassungen erfahren, und bis zu den Wahlen¹⁶ sei wohl nicht sehr viel herauszuholen. Er selbst habe sich sehr zurückgehalten, weil er das Gefühl gehabt habe, daß jegliche weitere Erörterung europäischer Fragen eine Wahlbeeinflussung mehr oder weniger direkter Art hätte darstellen können. Ganz subjektiv sei er jedoch zu der Auffassung gelangt, daß die Konservativen den Akzent stärker auf Europa, Labour den Akzent stärker auf das Commonwealth legten. Andererseits sei er auch der Auffassung, daß es für die Sechs nunmehr mißlich wäre, eine irgendwie geartete Einladung an Großbritannien zu richten, denn es wäre eine Blamage, wenn man nach den Wahlen die Antwort bekäme: „Vielen Dank, aber wir sind nicht interessiert.“ Er sage dies, obwohl General de Gaulle wisse, daß alle deutschen Parteien im Prinzip einen britischen Beitritt zum Gemeinsamen Markt wünschten, und er selbst habe über diesen Wunsch niemals einen Zweifel gelassen. Dennoch glaube er, daß man warten müsse, bis eine klarere englische Stimme sich erhöbe. Er meine daher nicht, daß in der augenblicklichen Politik diese Frage einer besonderen Berücksichtigung bedürfe, ausgenommen, daß man nichts zementieren dürfe, was für andere Länder später absolut inakzeptabel wäre.

Sein Besuch in Rom sei ebenfalls von großem Interesse gewesen. Beim letzten Gespräch mit General de Gaulle habe ja Einigkeit dahingehend bestanden, daß Europa nicht nur technokratisch sein dürfe, sondern ein politischer Wille dem Gemeinsamen Markt mehr Profil geben müsse. General de Gaulle sei einverstanden gewesen, daß es wünschenswert sei, wenn die Regierungschefs der sechs Länder zusammenträfen und ein politisches Gespräch führten. Dabei sollte Italien die Einladung aussprechen, da es an der Reihe wäre.¹⁷ Vor seiner Abreise nach Rom habe jedoch bereits eine Festlegung durch Präsident Segni stattgefunden, der bislang immer gegen einen britischen Beitritt gewesen sei. Angesichts der veränderten politischen Konstellation in Italien habe Präsident Segni jedoch in den Vereinigten Staaten ganz klar gesagt, daß für Italien eine politische Union nur bei Mitgliedschaft Großbritanniens denkbar wäre.¹⁸

¹⁶ Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

¹⁷ Am 10./11. Februar 1961 fand in Paris und am 18. Juli 1961 in Bonn eine Tagung der Regierungschefs der EWG-Staaten statt. Zur 1962 von Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle angeregten Zusammenkunft in Rom kam es nicht.

¹⁸ Gesandter von Lilienfeld, Washington, berichtete am 17. Januar 1964, der italienische Staatspräsident habe bei seinem Besuch in den USA betont, „eine neue Initiative in der europäischen Einigung sei unbedingt nötig, ebenso wie die endgültige Beteiligung Großbritanniens. Jegliche Initiative müßte daher auch die Unterstützung Großbritanniens haben.“ Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1360; B 150, Aktenkopien 1964.

Zum Besuch vom 14./15. Januar 1964 vgl. auch Dok. 28, Anm. 12.

In Rom sei denn auch klar geworden, daß weder der italienische Staatspräsident noch der italienische Ministerpräsident bereit wären, lediglich die Regierungschefs der Sechs einzuladen. Ausschlaggebend dabei sei die politische Konstellation der italienischen Regierung, die von den in sich bereits weit gefächerten Christdemokraten bis zur Nenni-Partei reiche.¹⁹ Die linksgerichteten Elemente erwarteten natürlich einen Wahlsieg von Labour und erhofften sich daraus eine Stärkung der sozialistischen Phalanx in Europa. Staatspräsident Segni habe in Amerika auch erklärt, Italien wünsche weder eine französische noch eine deutsche Hegemonie in Europa. Er (der Herr Bundeskanzler) habe darauf hingewiesen, daß Deutschland gar nicht in diesen Verdacht geraten könne und er auch keine Anhaltspunkte dafür habe, daß Frankreich solche Wünsche hege. Nicht in diesen Kategorien bewegten sich die Gedanken für ein politisches Europa. Er habe einen solchen Verdacht um so stärker zurückgewiesen, weil Deutschland sich heute einen solchen Verdacht nicht leisten könne. Er habe im übrigen den Eindruck, daß die italienische Regierung relativ fest am Ruder sei, denn durch die Spaltung der Nenni-Partei²⁰ habe eine klare Abtrennung gegenüber den Kommunisten stattgefunden. In seinem eineinhalbstündigen Gespräch mit Herrn Nenni habe er diesen als einen recht urbanen Mann kennengelernt. Herr Nenni habe ihm erklärt, er sei zwar Sozialist und stimme mit den gesellschaftspolitischen Auffassungen des Herrn Bundeskanzlers keineswegs überein, doch sei er für einen freien Rechtsstaat, und das unterscheide ihn klar von den Kommunisten. Die italienische Regierungsfront sei also enger, als man erwartet habe, als Moro Ministerpräsident geworden sei. Hinsichtlich der Vorstellungen des Generals und seiner selbst scheide jedoch Italien aus, und auch die holländische Haltung²¹ scheine klar zu sein. Man müsse sich daher überlegen, ob nicht ein anderer Ansatzpunkt für die Fortführung des politischen Gesprächs gefunden werden könne.

Was Deutschland anbelange, so könne er sagen, daß seine Regierungserklärung für einen neuen europäischen Elan²² gut aufgenommen worden sei. Daselbe gelte auch für das Ergebnis seiner letzten Gespräche mit General de Gaulle. Trotz der Schwierigkeiten, die sich auf der einen Seite durch England, auf der anderen Seite durch die italienische, holländische und belgische Ab-

¹⁹ Zu der seit dem 5. Dezember 1963 amtierenden Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Moro vgl. Dok. 23, Anm. 5.

²⁰ Aufgrund des Eintritts der Sozialistischen Partei (PSI) in die Mitte-Links-Regierung unter Ministerpräsident Moro trennte sich am 11. Januar 1964 eine Gruppe linksgerichteter Mitglieder von der Partei und gründete die Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit (PSIUP). Vgl. dazu AdG 1964, S. 11006.

²¹ Zur europapolitischen Haltung der Niederlande vgl. Dok. 15, Anm. 36.

²² Bundeskanzler Erhard erklärte am 9. Januar 1964 vor dem Bundestag, er habe sich gegenüber Staatspräsident de Gaulle für „eine neue Initiative politischer Art zur Neugestaltung Europas“ ausgesprochen. Dazu führte er weiter aus: „Jedenfalls ist eine gewisse Malaise in der europäischen politischen Integration zu verzeichnen. Aber die Müdigkeit darf nicht länger auf Europa lasten. Es scheint mir dringend notwendig zu sein, daß wir einen neuen Anlauf nehmen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 4843.

sage²³ an den Beginn einer Lösung lediglich im Rahmen der Sechs ergäben, erwarte man in Deutschland, daß in den Bemühungen nicht nachgelassen werde. Er habe gewisse Vorstellungen, wie ein Ansatzpunkt möglicherweise gefunden werden könnte, und werde sich später erlauben, diese Vorstellungen General de Gaulle zu unterbreiten.

General *de Gaulle* bedankte sich für die klare Darstellung der Erfahrungen des Herrn Bundeskanzlers in Washington, London und Rom. Das sei im übrigen genau das, was er selbst erwartet habe, und insofern sei er keineswegs überrascht. Hinsichtlich aller, der Amerikaner, der Engländer, der Italiener, befindet man sich in einer ungeheuren Ungewißheit. Dasselbe gelte natürlich auch für Europa, obschon es gelungen sei, schließlich und letzten Endes den Gemeinsamen Markt herbeizuführen, der wohl seit langem die einzige positive Konstruktion in der Welt sei. Er erlaube sich, seine Auffassungen zu den von dem Herrn Bundeskanzler dargestellten Problemen darzulegen, obschon er seit langem nicht mehr in den genannten Ländern gewesen sei. Die Amerikaner seien melancholisch, und das sei sehr verständlich. Sie sähen sich zahlreichen Problemen gleichzeitig gegenüber, könnten aber keines dieser Probleme lösen. Sie kämen nicht aus dem Kuba-Problem raus, sie kämen nicht aus dem Vietnam-Problem²⁴ raus, wo sie in der Kriegsführung den Platz der Franzosen eingenommen hätten und wo sie genauso wenig wie Frankreich den Sieg davongetragen hätten noch davontragen würden. Die Amerikaner hätten viel und immer mehr Ärger mit Lateinamerika, angefangen in Panama, aber auch an anderen Stellen. Was Europa anbelange, so wüßten sie nicht, was sie tun sollten. Den Amerikanern stünden genau wie den Europäern die Sowjets gegenüber, und die Amerikaner hätten begriffen, daß Rußland immer noch Rußland sei und daß im Tatsächlichen trotz gewisser scheinbarer Möglichkeiten wie zum Beispiel dem Atomstoppvertrag²⁵ eine echte Einigung zwischen der Sowjetunion und der freien Welt, insbesondere in der Deutschlandfrage, einfach nicht möglich sei. Amerika befindet sich somit in einer mißlichen Lage, die allerdings nicht kritisch sei, denn die Amerikaner verfügten über ungeheure Möglichkeiten und riskierten weder nach innen noch nach außen viel – ärgerlich aber sei es doch. Er (*de Gaulle*) wolle nicht die Gründe suchen, warum Amerika in diese Situation gelangt sei, denn es gebe zahlreiche Gründe, die in dem eigenen Verhalten und den Illusionen Amerikas seit langem zu suchen seien. Dennoch lasse sich an der Tatsache als solcher nichts ändern. Dann gebe es natürlich auch gewisse Länder wie Frankreich, das eigene Initiativen ergreife, ohne deswegen das atlantische Bündnis zu zerbrechen oder sich von ihm zu trennen, das aber doch in Europa, in Asien, in Afrika, in Lateinamerika eigene Initiativen ergreife. Talleyrand habe einmal gesagt: „Übertriebenes zählt nicht.“ Was die Amerikaner insbesondere hin-

²³ Botschaftsrat I. Klasse Röhrig, Brüssel, berichtete am 27. November 1963 dagegen, der belgische Außenminister Spaak sei der Auffassung, „daß man sich von einer Initiative zur politischen Einigung Europas nicht durch den Blick auf England abhalten lassen dürfe. England sei willkommen, wenn es sich an dieser Initiative beteiligen wolle, es dürfe aber nicht als Hemmschuh wirken.“ Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 10; B 150, Aktenkopien 1963.

²⁴ Zur Lage in Vietnam vgl. Dok. 123, Anm. 9.

²⁵ Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

sichtlich der französischen Haltung sagten, sei übertrieben, zähle also nicht. Es gehe jedoch ein großer Umwandlungsprozeß für Amerika und im amerikanischen Verhältnis zur Welt vor sich, eine Umwandlung, die Amerika noch nicht akzeptiert habe und von der man sich fragen müsse, ob die Amerikaner sie akzeptieren würden. Vor den amerikanischen Wahlen würden sie dies jedenfalls nicht tun. Danach müsse man erst einmal abwarten. Jedenfalls gebe es für Frankreich, das ein absolut entschlossener Verbündeter Amerikas sei, nur einen Gegner, nämlich die Sowjetunion. Frankreich sei aber noch mehr denn je entschlossen, seine ihm eigene Politik zu verfolgen. Es sei der natürliche Wunsch Frankreichs, daß diese Politik soweit nur irgend möglich mit der Bundesrepublik abgesprochen und gemeinsam sei, obwohl er wisse, daß sich die Bundesrepublik heute gegenüber Amerika in einer Sonderstellung befindet, die Frankreich auch respektiere. Diese Situation Deutschlands sei aber nicht genau die Situation Frankreichs. Auch das sei eine Tatsache, deswegen fühle sich Frankreich keineswegs unangenehm berührt, wenn Amerika der Bundesrepublik Avancen mache und die Bundesrepublik bei den Amerikanern besonders gesehen sei.

General de Gaulle fuhr fort, auch die Engländer seien melancholisch. Die innenpolitische Lage Englands sei unbestimmt, und bisher wüßten die Engländer nicht, welche Richtung sie einschlagen wollten, insbesondere gegenüber Osteuropa. Die Engländer seien unbestimmt auch in ihrer Haltung gegenüber Rußland, ganz besonders in der entscheidenden Frage Deutschland. Hier seien sie unentschlossen. Darüber hinaus seien sie unglücklich über ihr Engagement in gewissen Teilen der Erde, so zum Beispiel in Zypern, Ostafrika²⁶, in Malaysia²⁷. Dort hätten die Engländer eine etwas künstliche Konstruktion erfunden, um die Zügel in der Hand zu behalten, ohne jedoch dies nach außen deutlich werden zu lassen. Das aber funktioniere nicht richtig, und das mache die Engländer traurig. Die Engländer hätten zwei widersprüchliche Dinge gleichzeitig tun wollen: nach Europa gehen, ohne nach Europa zu gehen. Wenn man aber nicht entschlossen sei, könne man keine Politik verfolgen, und die Engländer seien in jedem Bereich unentschlossen. Sie betrieben daher eine Politik von Tag zu Tag, versuchten, die Amerikaner zu streicheln, was ihnen eine liebe Gewohnheit geworden sei und wo sie auch kaum anders könnten. Gleichzeitig versuchten sie, den Russen manches Lächeln zu schenken, ohne eine rechte Hoffnung zu haben, daß etwas daraus werden könnte. Und was Europa anbelange, so warteten sie einfach zu, und das sei das einzige, was sie tun könnten, denn sie wüßten nicht, wohin sie zu gehen beliebten. So seien die Tatsachen. Er wolle keineswegs über die Engländer etwas Abträgliches sagen, er habe im Gegenteil eine große Hochachtung vor dem englischen Volk und wisse, daß dieses Volk noch keineswegs am Ende seiner politischen Laufbahn angekommen sei. Im derzeitigen Augenblick jedoch „hingen sie in der Luft“, hätten keine bestimmte Politik.

Über Italien wolle er nicht sehr viel sagen, denn trotz der neuen Regierungssituation befindet sich Italien im Augenblick nicht in einem Zustand, der ihm die

²⁶ Zu den Spannungen im britischen Protektorat Südrhodesien vgl. Referat I B 3, Bd. 490.

²⁷ Zum Konflikt zwischen Malaysia und Indonesien vgl. Dok. 15, Anm. 47.

Wahl einer bestimmten Richtung gestatten würde. Also lasse es im wesentlichen den Einfluß Washingtons über sich ergehen, was ganz natürlich sei, insbesondere angesichts der Wirtschaftslage²⁸. Dieser Einfluß führe im übrigen nirgendwo bestimmtes hin, aber er erleichtere die derzeitige Lage, und man dürfe daher von den Italienern nicht erwarten, daß sie sich entschlössen.

In dieser großen Ungewißheit, die keineswegs endgültigen Charakters, aber doch heute gegeben sei, sehe Frankreich keinen anderen Weg, als seinen eigenen Weg weiterzugehen. Es wolle damit niemanden verletzen, es wolle vor allem nichts zerreißen. Es wolle aber auch nicht in der Ungewißheit der anderen gefangen bleiben. Deswegen versuche es, einen Weg zu finden und zu gehen. Was Europa anbelange, so sei Frankreich aufrichtig und habe es, ebenso wie Deutschland, in der wirtschaftlichen Gestaltung bewiesen. Ebenso aufrichtig habe es gehandelt, als es den Vorschlag der politischen Zusammenarbeit²⁹ gemacht habe. Angesichts der allgemeinen Ungewißheit heute sehe er jedoch nicht recht, was man auf diesem Gebiet tun könne. Frankreich lasse sich im übrigen durch diese Ungewißheit in der Welt nicht über die Maßen beunruhigen. Er glaube, daß die Welt eine Geschichtsepoke, die man die Nachkriegsepoke nennen könnte, abschließe und sich auf eine neue Epoche zubewege, die man nicht kenne, die aber sicherlich nicht auf den gleichen Elementen aufbaue, die man seit Kriegsende gekannt habe. Diese neue Epoche werde weder auf Jalta³⁰, noch auf der NATO in ihrer Anfangskonzeption, noch auf der bisherigen Weigerung der freien Welt, insbesondere Amerikas, entweder den Frieden oder den Krieg zu wählen, aufgebaut sein. Er glaube, daß große Umwandlungen sich ankündigten, die man heute noch nicht kennen könne. Darum müsse man warten können. Er wolle eines ganz klar sagen: Frankreich habe es weder eilig, noch sei es beunruhigt.

General de Gaulle erklärte dann, er wolle noch ein Wort sagen zu der Initiative, die Frankreich ergriffen habe und die Amerika und einige andere Länder so sehr unbequem empfunden hätten: die Anerkennung Pekings. Zuerst sei zu sagen, wenn die Bundesrepublik nicht konsultiert worden sei³¹, sondern nur unterrichtet, dann hauptsächlich, um die Bundesrepublik nicht in eine peinliche Lage zu bringen. Der Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Amerika habe gerade bevorgestanden, und er (de Gaulle) wisse, wie sehr der Herr Bundeskanzler gerade jetzt die Beziehungen mit Amerika schätze. Wäre bekannt geworden, daß Frankreich diese Initiative mit deutscher Zustimmung ergriffen hätte, wäre der Herr Bundeskanzler in eine höchst unangenehme Lage gegenüber Amerika geraten. Im übrigen seien die Amerikaner seit Wochen unterrichtet gewesen, daß Frankreich zu diesem Schritt entschlossen sei.

Die Gründe für eine Anerkennung Pekings sähen wie folgt aus: Er glaube, daß China heute eines jener ganz neuen Elemente in der ganzen Welt darstelle, die man nicht einfach ignorieren könne. Sie zu ignorieren, sei bisher die Politik der Amerikaner gewesen, der auch Frankreich gefolgt sei. Er aber glaube

²⁸ Zur Wirtschaftslage in Italien vgl. auch Dok. 134.

²⁹ Zu den von Frankreich initiierten Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

³⁰ Die Konferenz von Jalta fand vom 4. bis 11. Februar 1945 statt.

³¹ Vgl. dazu Dok. 11, besonders Anm. 7.

nicht, daß diese Politik noch irgendwelche Berechtigung habe. Eine Anerkennung Pekings bedeute keineswegs, daß man mit dem Regime von Mao Tsetung einverstanden sei, das Frankreich verabscheue. Die Franzosen seien aber der Auffassung, daß es nicht gut sei, auf die Dauer dieses ungeheure China links liegen zu lassen. Über diesen allgemeinen Beweggrund hinaus habe es für Frankreich auch konkrete Gründe gegeben. Da sei zunächst einmal die Tatsache, daß Rußland und China sich nicht mehr vertrügen³² und sich, je länger es währe, immer weiter auseinanderentwickeln würden. Damit stünden die Chinesen im Rücken der Sowjetunion, die ja als eventueller Gegner in Frage käme. Das sei ein neues Element, das zu ignorieren man kein Recht habe. Vielmehr sei es absurd, dieses China, das den Sowjets im Rücken stehe, das sich immer mehr von ihnen entferne und ganz allmählich sogar eine Gegnerschaft gegen Rußland entwickle, links liegen lassen zu wollen. Der zweite unmittelbarere Beweggrund sei die Lage in Asien und ganz besonders in dem verfaulten Südostasien gewesen. Frankreich kenne dieses Gebiet sehr gut. In einem langen Gespräch mit Präsident Kennedy³³ habe er ihm schon angekündigt, daß alles, was Amerika nach Frankreich³⁴ in Indochina versuchen werde, genauso fehlschlagen werde, wie es den Franzosen mißlungen sei. Der Gedanke, mit einigen antikommunistischen Elementen in Indochina einen Krieg gegen die ungeheure kommunistische Masse in China und seinen Verlängerungen führen zu wollen, könne niemals zum Sieg führen. Oder aber man müßte wirklich Krieg führen, das aber hieße Atombomben auf Peking und Hanoi usw., etwas, was MacArthur schon einmal gewollt habe³⁵, wo ihm aber die amerikanische Führung nicht gefolgt sei. Eine Lösung für Südostasien gebe es heute nicht, das einzige, was es geben könnte, wäre ein Modus vivendi. Ein Modus vivendi aber sei nur denkbar in der Neutralisierung; so wie es der arme Sihanouk in Kambodscha³⁶ getan, der arme Souvannah Phouma in Laos³⁷ versuche, unterstütze auch Frankreich eine Neutralisierung von Vietnam, allerdings ganz Vietnam, das heißt Nord und Süd.³⁸ Dies sei die

³² Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 11, Anm. 4.

³³ Zum Gespräch während des Besuchs des amerikanischen Präsidenten vom 31. Mai bis 2. Juni 1961 in Paris vgl. DE GAULLE, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958-1962, S. 267-269.

³⁴ Nach der Niederlage im Indochina-Krieg 1954 zog Frankreich seine Truppen zurück und legte am 10. Februar 1955 das militärische Kommando in die Hände der südvietnamesischen Behörden.

³⁵ Zu den während des Korea-Kriegs Ende 1950 von General MacArthur vorgetragenen Überlegungen, strategische Ziele im chinesischen Hinterland zu bombardieren, vgl. Harry S. TRUMAN, Memoirs. Years of Trial and Hope, New York 1956, S. 394 f. und S. 433-450; Douglas MACARTHUR, Reminiscences, London 1964, S. 368-389.

³⁶ Staatschef Prinz Norodom Sihanouk sprach sich am 8. Februar 1964 erneut für die Einberufung einer internationalen Konferenz aus, auf der der Neutralitätsstatus Kambodschas garantiert werden sollte. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 48.

³⁷ Vom 21. bis 24. Juli 1962 tagte in Genf eine Außenministerkonferenz, die mit der Unterzeichnung einer Deklaration und eines Protokolls über die Neutralität von Laos abschloß. In der im Anschluß an die Laos-Konferenz gebildeten Koalitionsregierung waren neben den Befürwortern der Neutralität mit Ministerpräsident Souvanna Phouma an der Spitze auch Kommunisten und rechtsgerichtete Kräfte vertreten. Die Gegensätze zwischen den drei Gruppierungen, von denen jede einen Teil des Landes militärisch kontrollierte, konnten jedoch nicht beigelegt werden. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1962, D 399-405 und Z 167; EUROPA-ARCHIV 1963, Z 107 f., Z 130, Z 140 und Z 153; EUROPA-ARCHIV 1964, Z 49.

³⁸ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu Fragezeichen am Rand.

einzig menschenmögliche Art, in jenem Teil der Welt ein gewisses Maß von Frieden zu erreichen. Die Politik, sich zu schlagen, könne zu nichts führen außer zum schließlichen Erfolg der Kommunisten. Daran könne es gar keinen Zweifel geben. Habe man Kontakte mit China, dann sei es denkbar, daß China für den Augenblick in einer Neutralisierung Südostasiens einen gewissen Vorteil erblicke, denn der Ärger in jenem Gebiet könne auch für China unangenehm sein, weil es sein eigenes Land organisieren und seiner inneren Schwierigkeiten Herr werden müsse, weil es die Beziehungen mit der freien Welt und mit Afrika suche. Es sei also denkbar, daß China in der Praxis ebenfalls ein gewisses Interesse an einer Neutralisierung Südostasiens habe. China sei im Jahre 1954 ja auch in der Genfer Konferenz über Indochina vertreten gewesen, wo die Neutralisierung beschlossen worden sei.³⁹ Möglicherweise wäre es wieder dazu bereit, jedenfalls aber müsse man den Versuch machen. Den Versuch könne man aber nur machen, wenn man diplomatische Beziehungen habe. Aus diesen Gründen allgemeiner und spezifischer Art glaube er, daß man aus der bisherigen negativen Haltung herausgehen und mit Peking in Kontakt zu kommen versuchen müsse. Dabei mache sich Frankreich keinerlei Illusionen. Es sei von einem Mythos die Rede gewesen. Daran glaube Frankreich nicht. Aber vielleicht sei hier ein positives Element zu finden. Auf jeden Fall sehe Frankreich keinen Nachteil darin. Dadurch werde keineswegs das Kräfteverhältnis verändert. Viele Länder hätten Beziehungen mit Peking⁴⁰ (Holland, England, Dänemark, die Schweiz), ohne daß dadurch das Kräfteverhältnis verschoben werde, und er glaube, daß es weder für diese Länder noch für Frankreich eine Gefahr bedeute. Schon viele Wochen vor der tatsächlichen Anerkennung seien die Amerikaner unterrichtet worden. Jetzt so zu tun, als sei man über alle Maßen verblüfft, sei nicht gerade ein Zeichen guten Glaubens. Im übrigen messe er dieser Tatsache keine übertriebene Bedeutung bei.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich für diese Darlegung der allgemeinen Auffassungen des Generals. General de Gaulle habe davon gesprochen, daß die Amerikaner melancholisch seien. Er glaube, daß die Politik der Amerikaner etwas sentimental geworden sei, denn sie hätten dieses messianische Sendungsbewußtsein, hätten überall geholfen und dafür keine Dankbarkeit erhalten. Es sei auch kein Zweifel, daß die Amerikaner einfach nicht die Sprache fänden, die etwa in Lateinamerika ankomme.

An dieser Stelle warf General *de Gaulle* ein, in der Politik gebe es keine Gerechtigkeit.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, die Amerikaner erklärten, der aggressivste Kommunismus sei der chinesische Kommunismus. Die Amerikaner hätten außerdem in Südostasien 150 bis 180 tausend Menschenleben geopfert⁴¹ und könnten sich einfach von dort nicht zurückziehen. Sie glaubten auch, daß die aggressive Haltung in Kambodscha und Laos von China gesteuert sei und daß man ihr entgegentreten müsse. Die Amerikaner glaubten nicht an eine Neu-

³⁹ Für den Wortlaut der Schlußakte der Konferenz vom 21. Juli 1954 vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6822–6824.

⁴⁰ Zur Anerkennung der Volksrepublik China durch verschiedene NATO-Staaten vgl. Dok. 11, Anm. 3.

⁴¹ Vor allem im Zweiten Weltkrieg sowie im Korea-Krieg.

tralisierung, seien vielmehr der Auffassung, daß diese Länder dabei früher oder später voll kommunistisch würden und damit der von China abhängige Gürtel bis Indonesien sich erstrecke. Das sei im übrigen auch die britische Haltung in der Malaysia-Frage. Was die amerikanischen Beziehungen zu Europa anbelange, so erklärten die Amerikaner, daß Deutschland der treueste Bündnispartner in Europa sei, einem Europa, das sich heute nicht alleine verteidigen könnte und zu dessen Verteidigung Amerika in Verträgen sich feierlich verpflichtet habe. Deutschland sei daran höchst interessiert. Er glaube, daß die Amerikaner auch ihre Illusionen über die Möglichkeiten einer Entspannung verloren hätten. Dennoch meine er, daß angesichts dieser Bemühungen das amerikanische Volk gewisse Dinge fordere, damit die finanziellen Opfer verständlich würden. Auf all seinen Reisen habe er Einigkeit dahingehend gefunden, daß die besuchten Länder für die NATO, für die atlantische Partnerschaft und für ein Einstehen in der Deutschland- und Berlin-Frage seien. Die Freundschaft des deutschen Volkes für Frankreich entspringe drei Wurzeln: der Befreiung von der geschichtlichen Tragik, der Überzeugung, daß Frankreich unter allen Umständen zu Deutschland stehen werde in der Frage der Wiedervereinigung und im Berlin-Problem, und darauf aufbauend der engen Gemeinschaft der beiden Völker. Er wäre dankbar, wenn Frankreich in der Behandlung des deutschen Vorschlages in der Botschaftergruppe⁴² eine positive Haltung einnähme. Für Europa und Deutschland sei Rußland natürlich der große Feind, denn es stehe unmittelbar vor Deutschlands Türe, und alles Leiden der Bevölkerung in der SBZ sei auf Rußland zurückzuführen. Er frage sich aber, ob man Rußland als die einzige Gefahr in der Welt darstellen könne, und glaube, daß man China dabei unbedingt mitrechnen müsse. General de Gaulle habe gesagt, man könne nicht an China vorbeigehen. Der Gedanke einer Anerkennung der Realitäten bringe jedoch eine gefährliche Anspielung mit sich, denn Chruschtschow erkläre ja immer wieder, die Bundesrepublik betreibe eine unrealistische Politik, weil es die tatsächliche Spaltung Deutschlands nicht anerkennen wolle. Sicherlich sei der russisch-chinesische Konflikt kein rein ideologischer Konflikt, sondern eine Frage der Machtpolitik. Im Augenblick jedoch brauche Rußland vor China keine Angst zu haben, denn es sei ihm militärisch weit überlegen. China aber Hilfestellung zu leisten für seine wirtschaftliche und soziale Entwicklung, wäre äußerst schwierig und würde ungeheure Anstrengungen erfordern. Selbst wenn China mehr Gewicht bekomme, so erlaube er sich doch die Frage, ob denn dann nicht doch angesichts der kapitalistischen Spaltungsversuche eine Möglichkeit bestünde, daß die beiden immerhin kommunistischen Länder wieder zusammenfänden und man sich wiederum einem monolithischen kommunistischen Block gegenüber sähe. Entwickelten sich die beiden Länder auseinander, dann könnte man der Auffassung sein, daß Rußland vielleicht eher bereit wäre, mit Europa zu einem besseren Verständnis zu kommen. Er glaube, daß eine Beantwortung dieser Frage nicht mit absoluter Gültigkeit erfolgen könne. Ein gewisses Risiko bleibe bestehen. Er sei mit de Gaulle einer Meinung, daß die Welt aufgebrochen sei zu einer neuen Epoche. Er frage aber, ob nicht gerade in dieser Situa-

⁴² Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 3. Januar 1964) vgl. Dok. 3.

Zur Einführung der Deutschland-Initiative am 15. Januar 1964 in der Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 10, Anm. 10.

tion die freie Welt ihre Kräfte noch stärker vereinigen müsse. Die Amerikaner sagten, man werde mit dem Kommunismus nicht fertig, wenn man ihn nicht gemeinsam bekämpfe. In Europa habe er (der Herr Bundeskanzler) festgestellt, daß England und Italien zwar noch nicht zu einer endgültigen Antwort in der Frage der MLF⁴³ bereit seien, doch glaube er, daß sie letztlich beide zustimmen werden, weil sie befürchteten, daß die freie Welt sich sonst noch mehr trenne. Es stelle sich auch die Frage, ob sich nicht das Stimmenverhältnis in den Vereinten Nationen verändern würde, wenn China Mitglied würde.⁴⁴ Er könnte sich nicht vorstellen, daß Rußland und China gegeneinander stimmen würden. Die Anerkennung Pekings durch Frankreich habe ja auch bei Chruschtschow eine positive Reaktion⁴⁵ hervorgerufen, obschon er glaube, daß Chruschtschow in Wirklichkeit etwas anders darüber denke. Dies seien seine Bedenken. Er verstehe die Haltung Frankreichs, frage sich aber, ob die Antwort wirklich so eindeutig gegeben werden könne. Versöhnten sich Rußland und China doch wieder, dann hätte Rußland den Rücken frei, und man könnte dann kaum noch hoffen, Europa gegen diese Aggression verteidigen zu können. Auch die Amerikaner fragten sich natürlich, ob der amerikanische Einsatz denn noch fruchtbringend sein könne, wenn nicht alle dasselbe Spiel spielten. Er kenne die Zweifel von General de Gaulle, und er selbst habe gewisse Zweifel, aber weniger, weil Amerika sich etwa aus primär nationalen Interessen zurückziehen könnte, als vielmehr aus einer gewissen Resignation heraus. In einer sich verändernden Welt brauche man gute Freunde und treue Verbündete.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf die politische Einigung Europas zu sprechen und fragte, ob General de Gaulle einverstanden sein könnte, daß die Ratsmacht in der EWG⁴⁶ die sechs Regierungschefs einlade. Damit würde sich das England-Problem gar nicht stellen. Dies wäre ein Schritt, dem sich die Partner nicht entziehen könnten.

Angesichts der Zeitknappheit beschränkte sich General *de Gaulle* auf die Beantwortung der Frage einer Analogie, die man zwischen der Anerkennung Pekings und der Anerkennung der SBZ ziehen könnte, und er erklärte, die Haltung Chruschtschows⁴⁷ und Ulrichts⁴⁸ in diesem Zusammenhang sei eine

⁴³ Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

⁴⁴ Zur möglichen Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO vgl. Dok. 11, Anm. 5, und Dok. 17, Anm. 36.

⁴⁵ Botschafter Groepper, Moskau, berichtete am 6. Februar 1964, sowohl Ministerpräsident Chruschtschow als auch der sowjetische Außenminister Gromyko hätten den französischen Schritt als „vernünftig und verständlich“ bezeichnet. Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 160; B 150, Aktenkopien 1964.

⁴⁶ Den Vorsitz im EWG-Ministerrat hatte seit dem 1. Januar 1964 Belgien inne. Am 1. Juli 1964 wechselte der Vorsitz turnusgemäß an die Bundesrepublik Deutschland.

⁴⁷ In einem Kommentar führte Nikolaj Poljanow zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China aus, „daß die Politik der Isolierung dieses oder jenes sozialistischen Staates, die Politik der ‚Nichtanerkennung‘, sich in schärfstem Konflikt mit der Wirklichkeit befindet und daher unausweichlich zum völligen Mißerfolg verurteilt ist“. Vgl. *Izvestija*, Nr. 23 vom 28. Januar 1964, S. 1.

⁴⁸ Im Zusammenhang mit der Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich wurde in der DDR gemeldet, in der Bundesrepublik habe man Angst vor der „Ausbreitung der Vernunft“ und fürchte, „daß eine realistische Haltung gegenüber der Volksrepublik China Schule machen

reine Propagandaangelegenheit. Sagen zu wollen, daß eine Analogie zwischen der Lage in China, das zweigeteilt sei, und der Lage in Deutschland, das zweigeteilt sei, bestehe, sei reines Propagandagerede. Für Frankreich bestehe hier überhaupt kein Zusammenhang. Er wisse, daß gewisse amerikanische Kreise diese Argumentation aufgenommen hätten, und sei sehr böse darüber. Die chinesische Revolution sei eine chinesische Angelegenheit gewesen, in China und nur von Chinesen gemacht. Selbst die Amerikaner hätten ihre Streitkräfte zurückgezogen, und die Sowjets seien nie dort gewesen. Es sei also eine rein chinesische Angelegenheit. Die Lage in Deutschland habe damit nicht das Geringste gemeinsam. Wenn es ein Ostdeutschland gebe, so nur, weil dort die Rote Armee stehe, und stünde sie nicht dort, so wäre Ostdeutschland nicht mehr lange Ostdeutschland. Darüber habe Chruschtschow weniger Zweifel als irgend jemand anderer. Das Argument von Chruschtschow und Ulbricht sei ausgesprochen böswillig, leider aber von einigen Amerikanern übernommen worden.

Zu dem Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers für ein Treffen der europäischen Regierungschefs sagte General de Gaulle, er müsse sich das natürlich noch durch den Kopf gehen lassen, doch wäre es dann ja so, daß ein Minister die Regierungschefs einlade. Es erschiene ihm etwas bizarr, wenn die Regierungschefs sich nicht treffen könnten, ohne von einem ihrer Minister eingeladen zu sein.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, es würde sich dabei ja nicht um die Einladung durch einen Minister, sondern durch den Ministerrat als Institution der Gemeinschaft, als deren Sprecher die Ratsmacht auftreten würde, handeln.

Das Gespräch endete um 13.10 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

Fortsetzung Fußnote von Seite 214

und den endgültigen Zusammenbruch der Hallstein-Doktrin herbeiführen werde". Vgl. den Artikel „Erklärung des chinesischen Außenministers“; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 29 vom 29. Januar 1964, S. 7.

Anlässlich eines Empfangs französischer Abgeordneter durch den Staatsratsvorsitzenden Ulbricht am 5. Februar 1964 hieß es in einem Kommentar: „Der Besuch der französischen Parlamentarier in der DDR ist ein weiterer Beweis, daß der Geist der Verständigung unaufhaltsam seine Brücken schlägt – buchstäblich über die Köpfe der Bonner Neandertaler hinweg.“ Vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 37 vom 6. Februar 1964, S. 1. Vgl. dazu auch den Artikel „Eine Aussprache im Sinne freundschaftlicher Beziehungen. Walter Ulbricht diskutierte mit französischen Parlamentariern über Frieden, Erdöl, Chemie und Touristik“; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 38 vom 7. Februar 1964, S. 2.